

2006	<b>2007</b>	2008	2009	2010	2011	2012
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Beat Bühler

# Geschäftsbericht 2007

## Hochbaudepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Hochbaudepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>221</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>222</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Hochbaudepartement</b>	<b>223</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>224</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>224</b>
4.1.1	Aufgaben	224
4.1.2	Jahresschwerpunkte	224
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	225
<b>4.2</b>	<b>Amt für Städtebau</b>	<b>225</b>
4.2.1	Aufgaben	225
4.2.2	Jahresschwerpunkte	225
4.2.3	Kennzahlen Amt für Städtebau	229
<b>4.3</b>	<b>Amt für Hochbauten</b>	<b>231</b>
4.3.1	Aufgaben	231
4.3.2	Jahresschwerpunkte	231
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	234
<b>4.4</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>	<b>235</b>
4.4.1	Aufgaben	235
4.4.2	Jahresschwerpunkte	235
<b>4.5</b>	<b>Amt für Baubewilligungen</b>	<b>238</b>
4.5.1	Aufgaben	238
4.5.2	Jahresschwerpunkte	238
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	239
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>242</b>

# 1. Vorwort



Bild: Juliet Haller

«In Zürich wird viel geplant und gebaut. Mit hoher Qualität. Das ist ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung und ein wertvolles Erbe für die nächsten Generationen.»

Das Jahr 2007 hatte Höhen und Tiefen. Wie jedes Jahr. Schön ist, dass es viele Höhe- und nur wenig Tiefpunkte gab. Überstrahlt vom neuen Stadion Letzigrund, das wir dem Schul- und Sportdepartement fristgerecht übergeben haben. Das Stadion ist zweifellos ein architektonischer Wurf, eine städtebauliche Bereicherung. So hat der Neubau bereits ehrenvolle Auszeichnungen eingeheimst. Für mich steht die Realisierung des Stadions aber auch für die Dynamik dieser Stadt und ihrer Verwaltung und das grosse Potenzial, das in der departementsübergreifenden Zusammenarbeit liegt. Die Bevölkerung, die VolksvertreterInnen, die Verwaltung und die Regierung haben sich diesen Erfolg mit einem aussergewöhnlichen Effort gemeinsam verdient.

Es war nicht die einzige Einweihung, die ich mitfeiern durfte. Bei den Sportanlagen sind Juchhof und die Sporthalle Hardau zu nennen und bei den Schulanlagen laufen Neubauten und Instandsetzungen auf Hochtouren. Besonders stolz dürfen wir auf die Renovation des wunderschönen Letzibades von Max Frisch sein. Mit grosser Sorgfalt wurde diesem weit über

die Grenzen Zürichs hinaus bekannten Bad neuer Glanz verliehen. Der sorgfältige Umgang mit wertvollen Gebäuden gehört ebenso zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung wie der sinnvolle Ersatz von Bauten. Manches bleibt, anderes muss sich ändern.

Weniger augenfällig als die Hochbauten, aber im wörtlichen Sinne fundamental, ist die Stadtplanung. Hier leistet Zürich grosse Arbeit, die international Anerkennung gefunden hat. Nicht nur, aber auch mit der Berufung der Vize-Direktorin des Amtes für Städtebau, Regula Lüscher, zur Senatsbaudirektorin von Berlin. Die kooperative Planung ist keine Worthülse, sondern eine pragmatische und erfolgsorientierte Arbeitsweise, mit der verschiedene Akteure mit verschiedenen Interessen gemeinsam Lösungen finden können.

Zu schaffen gemacht haben uns die beiden Untersuchungen der Rechnungsprüfungskommission zum Hochhaus Hard und zum Kongresszentrum. Weniger wegen der vielen Arbeit und der zusätzlichen Belastung vieler Mitarbeitenden, sondern wegen des grundsätzlichen Misstrauens, das gegen uns und unsere Arbeit geäussert wurde. Denn unser Selbstverständnis ist es, sorgfältig zu planen und gut zu bauen. Dabei hilft aufbauende Kritik, nicht aber niederreissende Polemik wie sie im Gemeinderat zu hören war. Dass die Auseinandersetzung zwischen Parlament, Exekutive und Verwaltung durchaus konstruktiv sein kann, zeigt sich bei der Zusammenarbeit mit der Sonderkommission HBD/SE.

Teuer und ärgerlich ist der exzessive Gebrauch der Rechtsmittel. Sei es gegen eine Freestyle-Anlage für Jugendliche, sei es gegen das Stadion Zürich oder auch die Beschwerde gegen den Stadtraum HB. Zwei Grossprojekte, die notabene von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr angenommen wurden. Zwar gewinnt die Stadt Zürich praktisch alle Verfahren, aber die zeitliche Verzögerung kostet Geld, verunsichert die Investoren und beschädigt die demokratischen Prozesse. Denn die StimmbürgerInnen stehen den Bauprojekten positiv gegenüber. 2007 haben sie dem neuen Bettenhaus Triemli und der Sportanlage Heerenschürli mit grossem Mehr zugestimmt. Das ist ein Vertrauensbeweis in unsere Arbeit. Darauf lässt sich auch im neuen Jahr bauen.

*K. Martelli*

Stadträtin Kathrin Martelli  
Vorsteherin des Hochbaudepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### Legislaturziel «Planen und Bauen für die Stadt von morgen»

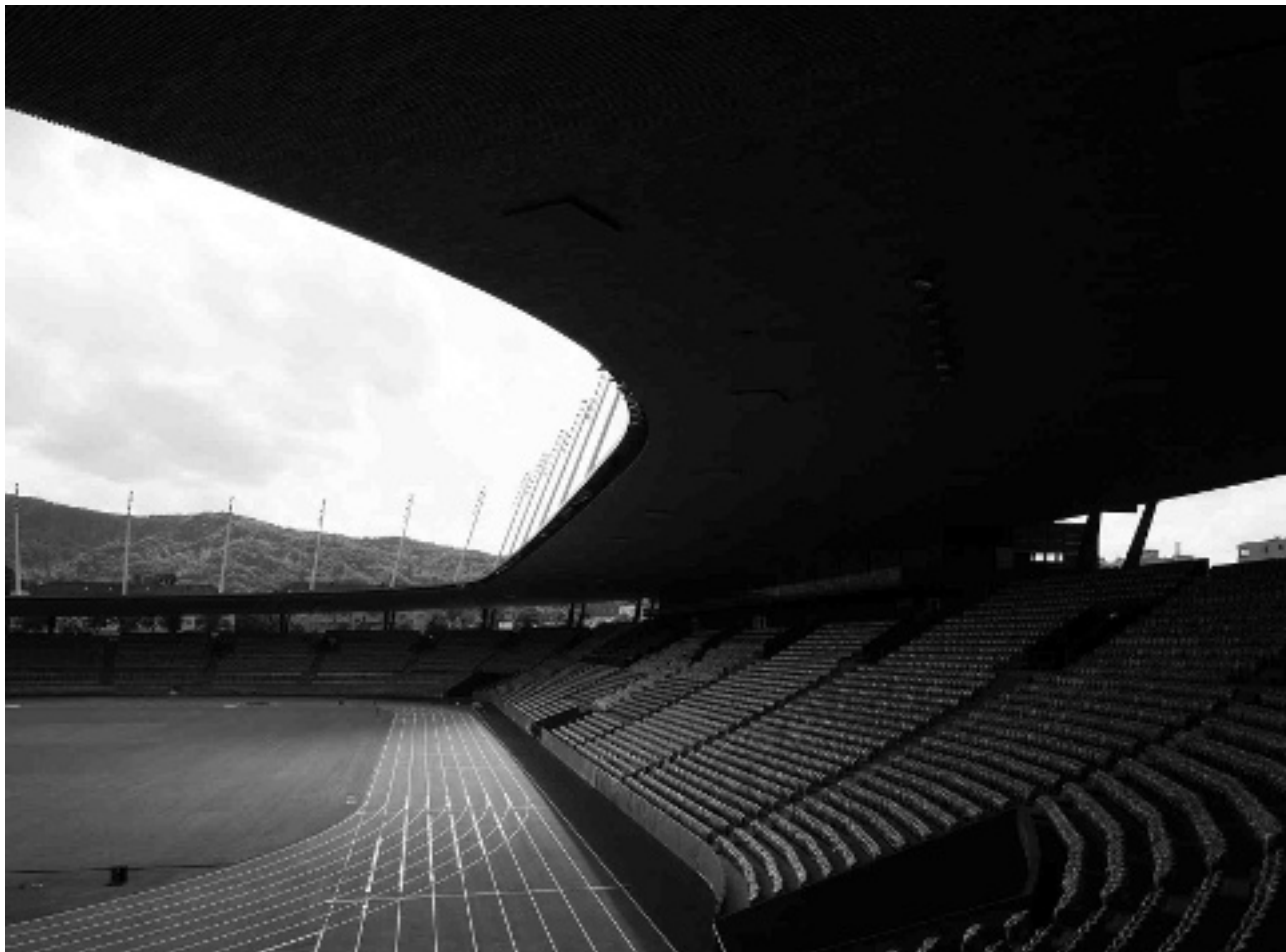
Die Stadt Zürich wächst und wandelt sich rasch zu einer Metropole. Wichtige Schlüsselprojekte (z.B. Kongresszentrum, Kunsthaus, Stadion Zürich, Zürcher Hochschule der Künste, Hochschulgebiet, Stadtraum HB), müssen realisiert werden, um Zürichs Position im internationalen Wettbewerb zu stärken. Das Hochbaudepartement (HBD) nutzte 2007 das Legislaturziel «Planen und Bauen für die Stadt von morgen», um seine Kräfte zu bündeln und sinnvolle Schwerpunkte zu setzen (vgl. Teil STR S. 4).

### Legislaturziel «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft»

Innerhalb dieses Legislatur Schwerpunkts (vgl. Teil STR S. 6) ist das Hochbaudepartement zuständig für das Themenfeld «Nachhaltiges Planen, Bauen und Bewirtschaften». Das Hochbaudepartement setzt bereits heute hohe Nachhaltigkeits-Standards um und wird seine Arbeit bis 2010 noch stärker auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ausrichten.

### Legislaturziel HBD 2010

Das Legislaturziel 2010 ist ein Multiprojektprogramm, das verschiedene städtische und HBD-interne Projekte vereint. Der Schwerpunkt lag auf der Überführung der städtischen Projekte ins HBD. Besonders aufwändig war das Projekt ERPplus, d.h. die Einführung von SAP im Finanz- und Rechnungswesen sowie im Personalwesen. Ein weiteres Projekt, die Implementierung des städtischen Lohnsystems (SLS), konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Ebenso ist die Einführung von Case Management auf dem besten Weg. Im August bzw. Oktober haben zwei der drei Case Manager ihre Arbeit aufgenommen. Sie arbeiten für HBD, Präsidial- und Finanzdepartement, die allgemeine Verwaltung und die Behörden. Der dritte Case Manager wird im Frühling 2008 seine Tätigkeit aufnehmen.



Das neue Mehrzweck- und Eventstadion Letzigrund bietet bis zu 50 000 Zuschauern Platz. (Bild: Yves André)

### 3. Kennzahlen Hochbaudepartement

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl Mitarbeitende (Festangestellte) Total <sup>1</sup>	744	765	789	752	750
– davon Frauen	384	412	436	400	397
– davon Männer	360	353	353	352	353
Anzahl Stellenwerte	538	550	564	566	567
Anzahl Kaderpersonal Total <sup>2</sup>	122	129	123	125	126
– davon Frauen	22	22	22	27	29
– davon Männer	100	107	101	98	97
Anzahl Lernende Total <sup>3</sup>	14	18	17	18	18
– davon Frauen	8	8	7	5	5
– davon Männer	6	10	10	13	13
<b>Mitarbeitende mit Vollzeitstellen (Beschäftigungsgrad 90–100%)</b>					
Total	370	369	380	387	382
Frauen	99	101	105	107	102
Männer	271	268	275	280	280
Anzahl Frauen in %	26,76%	27,37%	27,63%	27,65%	26,70%
Anzahl Männer in %	73,24%	72,63%	72,37%	72,35%	73,30%
<b>Mitarbeitende mit Teilzeitstellen I (Beschäftigungsgrad 50–89%)</b>					
Total	174	184	179	175	199
Frauen	122	137	135	128	150
Männer	52	47	44	47	49
Anzahl Frauen in %	70,11%	74,46%	75,42%	73,14%	75,38%
Anzahl Männer in %	29,89%	25,54%	24,58%	26,86%	24,62%
<b>Anteil Teilzeitstellen II (Beschäftigungsgrad &lt; 50%)</b>					
Total	200	212	230	190	169
Frauen	163	174	196	165	145
Männer	37	38	34	25	24
Anzahl Frauen in %	81,50%	82,08%	85,22%	86,84%	85,80%
Anzahl Männer in %	18,50%	17,92%	14,78%	13,16%	14,20%
Personalaufwand	62 685 567	65 486 480	68 198 612	68 250 555	69 690 920
Sachaufwand	147 371 829	152 080 440	134 898 025	149 401 166	146 730 674
übriger Aufwand	62 407 534	93 680 006	48 255 848	51 214 551	36 336 054
Total	272 464 930	311 246 926	251 352 485	268 866 272	252 757 648
Bruttoinvestitionen	269 564 373	284 681 143	280 055 019	302 119 728	307 399 034

Definitionen:

<sup>1</sup> ohne Lernende und Praktikantinnen/Praktikanten

<sup>2</sup> Mitarbeitende mit Vorgesetztenfunktion

<sup>3</sup> ohne Praktikantinnen/Praktikanten

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) besteht aus einem Team von rund 40 JuristInnen, InformatikerInnen, Personal-, Finanz- und Kommunikationsfachpersonen sowie den Zentralen Diensten. Das DS unterstützt die Vorsteherin des Hochbaudepartements bei der Entwicklung von Strategien und Zielsetzungen sowie deren Umsetzung. Weitere wichtige Aufgaben sind Geschäftskontrolle und Personalführung sowie die Koordination der Organisationsentwicklung. Auch die Leitung des Legislatorschwerpunkts 2 «Planen und bauen für die Stadt von morgen» liegt in den Händen des DS. Zu den zentralen Aufgaben gehört die Kommunikation: Die Medienschaffenden erhielten Einladungen zu 24 Medienkonferenzen und mehr als 102 Medienmitteilungen, um die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des HBD informieren zu können. An 24 Infoveranstaltungen in den Quartieren wurde der Dialog mit der Bevölkerung gepflegt. Das DS stellt auch personelle und zeitliche Ressourcen für die Betreuung von PraktikantInnen und Lernenden zur Verfügung. Dazu gehörten 2007 eine juristische Praktikantin, zwei Informatik-Praktikanten, eine KV-Lernende im dritten Lehrjahr sowie zwei Informatik-Lernende.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Das DS hat sich für die Jahre 2007 bis 2010 folgende Ziele gesetzt:

- Die Vorgesetzten leben ihre Führungsgrundsätze;
- die DS-Mitarbeitenden sind selbständig, selbstverantwortlich, selbstkritisch und selbstbewusst;
- die DS-Mitarbeitenden sind fachlich auf dem neusten Stand;
- die DS-KundInnen erhalten eine optimale Leistung.

Mit dem Multiprojektprogramm HBD 2010 koordiniert das DS die HBD-Organisationsentwicklung unter dem Motto: «Das Hochbaudepartement entwickelt sein Personal und seine Kultur, seine Struktur und seine Prozesse weiter im Sinne eines dienstleistungsorientierten, leistungsbezogenen, modernen und personalfreundlichen städtischen Unternehmens.» Die gesamtstädtischen Projekte ERPplus (Enterprise Resource Planning), die Einführung des neuen städtischen Lohnsystems (SLS) sowie die Raumbedarfsstrategie wurden vom DS geleitet und weitergeführt. Das Projekt SLS konnte im DS per Ende 2007 abgeschlossen bzw. in die üblichen Abläufe überführt werden.

Der Bereich Organisation und Informatik (O+I) führte im HBD den Bildmanager und das Mitarbeitenden-Portal ein. Das Intranet-Portal wurde im Februar aufgeschaltet. Es ermöglicht den raschen Zugriff der HBD-Mitarbeitenden auf wichtige Informationen und Applikationen. Der News-Teil des HBD-Portals mit aktuellen News dient als effizientes, zentrales Informations- und Führungsinstrument. Es soll das Verständnis der Mitarbeitenden für die Arbeit des HBD verbessern – über den Aufgabenbereich der einzelnen Mitarbeitenden und über die Dienstabteilungsgrenzen hinaus.

Weitere abgeschlossene Projekte waren die Fahrzeugreservation, CAFM (Computer Aided Facility Management) für die Immobilien-Bewirtschaftung und der SAP-Release-Wechsel in der Immobilien-Bewirtschaftung. Die O+I-Reorganisation konnte abgeschlossen werden. Das O+I-Team hat den Mitarbeitenden Aufgaben und Rollen neu zugeteilt. Wichtige Ausbildungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Mit dem Projekt «Rundum gesund» leistet das DS weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit der Mitarbeitenden im HBD. Angeboten werden Sitzmassagen (Kosten zulasten der Arbeitnehmenden), spezielle Sport- und Fitnessangebote sowie Ernährungs- und Gesundheitsberatung.

### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007
Anzahl bearbeitete Geschäfte	2 030	2 000	2 080	2 000	2 350
Anzahl Besucher Infodesk <sup>1</sup>	9 066	9 361	9 359	8 455	8 558
Anzahl bearbeitete Änderungsanträge EDV-Hotline <sup>2</sup>	–	–	4 710	3 573	4 359
IT interner Aufwand in Mio. Fr.	–	1.34	1.62	1.93	2.12
IT externe Kosten in Mio. Fr.	5.70	6.87	7.17	6.36	4.35
davon Anteil OIZ in Mio. Fr.	2.49	2.99	3.99	2.84	2.86

<sup>1</sup> Der Infodesk wurde im Sommer 2002 beim Neubezug des Amtshauses IV nach der Sanierung in Betrieb genommen.

<sup>2</sup> Die Zahl wird erst seit Mai 2005 systematisch erhoben, für 2005 hochgerechnet.

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Jedes Jahr werden rund 2000 Geschäfte im DS bearbeitet. Die meisten sind an die Vorsteherin gerichtet: Motionen, Schriftliche Anfragen, Interpellationen und Postulate des Gemeinderates, Verfügungen und Weisungen der eigenen Dienstabteilungen gemäss Finanzkompetenzregelung oder Zuschriften und E-Mails aus der Bevölkerung. Weiter fallen darunter die Rekurse an die Bausektion, die von den JuristInnen im Amt für Baubewilligungen oder im DS bearbeitet werden. Dazu werden auch interne Geschäfte des DS, z.B. Personalbewerbungen sowie Vernehmlassungen oder Rekurse an die Baurekurskommission, das Verwaltungsgericht, das Bundesgericht usw. bearbeitet. Die Geschäftskontrolle

ist stets um eine rasche Antwort besorgt und überwacht die Fristeinhaltung. Die Zunahme der Geschäfte ist auf die hohe Anzahl Bewerbungen bei der Wiederbesetzung von offenen Stellen und Ausbildungsplätzen für Lernende zurückzuführen.

Der Infodesk im Amtshaus IV hat sich seit seiner Gründung im Sommer 2002 gut etabliert; die Besucherzahl ist beträchtlich und hat sich wieder erhöht.

Der Bereich Organisation und Informatik bedient alle Mitarbeitenden im HBD. Von den Anrufen an die Hotline konnten 65% sofort am Telefon gelöst werden, was einer optimalen Quote entspricht. Die restlichen wurden zur Bearbeitung an die zuständigen Mitarbeitenden weitergeleitet.

## 4.2 Amt für Städtebau

### 4.2.1 Aufgaben

Zu den wichtigsten Aufgaben des Amtes für Städtebau (AfS) zählen: Grundlagen schaffen für Stadtplanung und Denkmalpflege, Bauordnung und Zonenplan, Sondernutzungsplanungen, Quartierplangeschäfte, Schlüsselprojekte, städtebauliche Studien und Wettbewerbe, gestalterisch-architektonische und städtebauliche Überprüfung von Baugesuchen und Aussenreklameanlagen, Denkmalpflege und Inventarisierung, Archäologie und Dendrochronologie sowie Baugeschichtliches Archiv.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Stadtraum HB

Die Baurekurskommission und das Verwaltungsgericht haben den Rekurs gegen den privaten Gestaltungsplan «Stadtraum HB» weitgehend abgewiesen. Das Bauprojekt für die neue Pädagogische Hochschule wird bearbeitet. Für weitere Baufelder laufen Studienaufträge. Ein Beirat und das Baukollegium sichern die hohen qualitativen Ansprüche, die das AfS an die Projektentwicklungen stellt.

#### Hochschulgebiet und Science-City

Der Masterplan Hochschulgebiet will den Hochschulstandort stärken. Er ist die Basis für die weitere Entwicklung in Städtebau und Architektur, Denkmalpflege, Freiraum, Nutzung, Verkehr und Image. Der Masterplan war Grundlage für die Anpassung des kantonalen Richtplans für öffentliche Bauten und Anlagen, den der Kantonsrat Ende 2007 genehmigt hat. Erste Projekte auf der Grundlage des Masterplans sind angefallen, z. B. die Kunsthaus-Erweiterung (s.u.) und der Neubau ETH «Oberer Leonhard».

Science-City steht für die Vision eines lebendigen Quartiers der Denkkultur, des Dialogs und der Begegnung zwischen Wissenschaft, Bevölkerung und Wirtschaft. Vor allem soll künftig auch Wohnraum für Studierende gebaut werden. Mit den neuen Sonderbauvorschriften (SBV) werden diese Ziele planungs- und baurechtlich umgesetzt. Nach der Festsetzung durch den Gemeinderat hat der Stadtrat die SBV per 27. Oktober 2007 in Kraft gesetzt.

#### Neubau Kunsthaus

Der Architektur-Wettbewerb ist lanciert und wird 2008 durchgeführt, vorausgesetzt der Gemeinderat genehmigt den Projektierungskredit. Die Turnhallen sind aus dem Inventar entlassen. Es läuft der Rekurs des Heimatschutzes.

### **Neues Kongresszentrum Zürich**

Im März stellte Rafael Moneo das überarbeitete Projekt für das neue Kongresszentrum der Öffentlichkeit vor. Angepasst wurden seit dem Wettbewerb die betrieblichen Abläufe, der Pavillon, der Seezugang, die Materialisierung und die innenräumliche Qualität. Der öffentliche Gestaltungsplan «Neues Zürcher Kongresszentrum» lag vom 10. August bis 9. Oktober für das Mitwirkungsverfahren öffentlich auf. Rund 90 Einwendungen sind dazu eingegangen. Die Baudirektion des Kantons Zürich hatte im März darüber informiert, dass sie das heutige Kongresshaus mit dem Festsetzungsbeschluss des Gemeinderates zum Gestaltungsplan aus dem Denkmalschutzinventar entlassen wird. Im November und Dezember beriet die Spezialkommission HBD/STEZ drei Weisungen: zwei zum Landerwerb sowie eine zur dringlichen Motion der CVP/EVP-Fraktion zur Prüfung von alternativen Standorten.

### **Plan Lumière**

Im Rahmen von Sanierungs- und Umbauarbeiten hat die Stadt die Beleuchtung des Lindenhofs, der Blatterwiese und der Gessnerbrücke in Betrieb genommen. Im Weiteren wurde das Projekt für die Beleuchtung der Gebäudefassaden am Utoquai 29–55 lanciert. 2008 möchte die Stadt während der EURO 2008 eine grossflächige Bemusterung in Betrieb nehmen und anschliessend mit den privaten GrundeigentümerInnen das definitive Projekt realisieren.

[www.stadt-zuerich.ch/plan-lumiere](http://www.stadt-zuerich.ch/plan-lumiere)

### **Räumliche Entwicklungsstrategie**

Die räumliche Entwicklungsstrategie (RES) ist die Konkretisierung der Strategie «Zürich 2025 – Ziele und Handlungsfelder für die Entwicklung Zürichs». Sie wird interdepartemental im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Planen und Bauen für die Stadt von morgen» erarbeitet. Wichtigste Beteiligte sind Grün Stadt Zürich, Stadtentwicklung, Tiefbauamt sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Drei Inputstudien lieferten erste Ansätze für eine Strategie. Anhand dieser hat die Stadt die Erfolgspositionen Zürichs benannt und die Strategiefelder Stadtbild, Bauliche Dichte und Nutzung definiert.

### **Raumkonzept National und Städteposition CH**

Das AfS hat in der Plattform «Städteposition CH» mitgewirkt, um die Anliegen der Stadt Zürich zu vertreten. Position und exemplarische Vorhaben sind in einer Publikation festgehalten. Im Rahmen von Foren und Arbeitsgruppen beteiligt sich das AfS am Entwurf eines Raumkonzepts CH sowie des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG), die unter der Federführung des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) entstehen. Zudem fand ein Erfahrungsaustausch zum Thema «Verstärkung der Identität in Agglomerationen» statt.

### **Regionale Zusammenarbeit**

Das AfS hat die regionale Zusammenarbeit intensiviert. Es engagierte sich verstärkt in Projekten der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU, «Nachhaltige Siedlungsentwicklung im Verdichtungsraum»). Ausserdem initiierte es eine Projektidee mit regionalen PartnerInnen («Die Region nimmt Gestalt an»). Gemeinsam mit dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement begleitete das AfS das interkantonale Projekt «Agglomerationspark Limmattal» mit den Kantonen Aargau und Zürich.

### **Leitbild Seebecken**

Gemeinsam mit dem Kanton Zürich erarbeitet die Stadt ein Leitbild für das Seebecken. Ziel ist ein gemeinsames Verständnis für das Zürcher Seebecken. Das Leitbild soll eine strategische und konzeptionelle Entscheidungsgrundlage für die qualitative Weiterentwicklung des Seebeckens liefern.

### **Personelles/Organisation**

Regula Lüscher, stellvertretende Direktorin im AfS, wurde per 1. März 2007 als Senatsbaudirektorin nach Berlin berufen – eine Auszeichnung für die über die Landesgrenzen hinaus anerkannte Arbeit des AfS.

Zur konsequenten Umsetzung der Legislaturziele 2006–2010 hat das AfS per 1. Januar 2008 zwei neue Fachbereiche geschaffen: Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und Schlüsselprojekte.

### **Gebietsmanagement:**

#### **Zürich-West**

Der Gestaltungsplan Toni-Areal ist überarbeitet und in Kraft gesetzt. Der ergänzende Gestaltungsplan für das Baufeld B + F auf dem Escher-Wyss-Areal ist überarbeitet. Die öffentliche Auflage hat stattgefunden, ohne dass materielle Einwände deponiert wurden. Das Baugesuch für das Gebäude «Escher-Terrassen», basierend auf dem geänderten ergänzenden Gestaltungsplan, liegt vor. Für das Maag-Areal ging ein weiteres Baugesuch für das Bürogebäude «Plattform» ein. Auf dem Hardturm-Areal startete ein Wettbewerb für ein Hochhaus. Die Stadt hat das Pflingstweid-Areal als Standort für das zukünftige Primarschulhaus Zürich-West festgelegt.

Das Tram Zürich-West wird das Gebiet besser erschliessen. Das Projekt nahm zwei wichtige Hürden: Die kommunale wie auch die kantonale Volksabstimmung ergaben eine Zustimmung von rund 70 %. Auch die Aufwertungsmassnahmen für den öffentlichen Raum schreiten voran: die Sofortmassnahmen für den Bahnhof Hardbrücke sind abgeschlossen, das Bauprojekt für den Gleisbogen wurde öffentlich aufgelegt, die GrundeigentümerInnen und Anwohnenden wurden informiert. Für die Mitfinanzierung des Pflingstweid-Parks fand eine Informationsveranstaltung mit den GrundeigentümerInnen statt.

Seit April können sich Interessierte im Infocenter Zürich-West persönlich über die Entwicklungen informieren. Der E-Newsletter informierte halbjährlich über Neuigkeiten im Quartier und im Herbst fand eine weitere Veranstaltung der Reihe «Zürich-West Diagonal» statt. [www.stadt-zuerich.ch/zuerich-west](http://www.stadt-zuerich.ch/zuerich-west)

#### **Leutschenbach**

Der Leutschenbach-Park befindet sich im Bau. Ergänzend wurden Ausbau und Neugestaltung der Leutschenbachstrasse vorangetrieben. Der Rohbau des Schulhauses Leutschenbach schreitet voran. Die Baubewilligung für die zweite Etappe der Sunrise-Tower ist erteilt. Einen Überblick über die Entwicklung gibt der Newsletter unter [www.stadt-zuerich.ch/leutschenbach](http://www.stadt-zuerich.ch/leutschenbach)

#### **Letzi**

Das Letzi-Gebiet entwickelt sich weiter. Die Stadtentwicklungskommission diskutierte die Umzonierung des Zollfreilagers. Diese wird voraussichtlich im Sommer 2008 in Kraft gesetzt.



Die SBB erarbeiteten zusammen mit dem AfS und weiteren städtischen Amtsstellen Grundsätze für die Entwicklung des Areals «Letzibach» an der Hohlstrasse. Die Stadt hat im September das neue Stadion Letzigrund eröffnet. Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts 2 realisierte das AfS im Freibad Letzigraben eine Ausstellung über die Geschichte des Ortes und informierte über die aktuelle Entwicklung im Gebiet.

### Schwamendingen

Private und gemeinnützige Wohnungsträgerschaften planen vermehrt Erneuerungen, insbesondere Ersatzneubauten. Die Herausforderung für die Stadt besteht darin, die im Leitbild Schwamendingen veröffentlichten Ziele und Leitsätze umzusetzen. Bei der Festlegung von Dichte, Siedlungsmuster usw. sollen die qualitativen Anforderungen an Ortsbild, Freiraumqualität usw. erfüllt werden. Grössere Bauprojekte geben Impulse für die weitere Entwicklung in Schwamendingen: der Umbau des Bahnhofs Stettbach im Rahmen des Anschlusses an die Glattalbahn, die Sportanlagen Heerenschürli sowie die Autobahnüberdeckung («Einhausung») zwischen Schöneich und Aubrugg. Die Stadt informiert die betroffenen GrundeigentümerInnen regelmässig über das Projekt und die Entwicklungsplanung. Das städtebauliche Entwicklungskonzept ist in Arbeit und wird durch Machbarkeitsstudien auf Aspekte wie Dichte, Siedlungstypologie, Freiraum, usw. überprüft.

### Zürich-Affoltern

In den Quartierplangebieten Ruggächer und Wolfswinkel sowie im Areal In Büngerten und auf dem CeCe-Areal entstanden rund 900 Wohnungen. Rund 900 weitere Wohnungen sind bewilligt und teilweise im Bau. Die Werkleitungen, Strassen, Wege und Quartierplätze des Quartierplans Ruggächer sind weitgehend erstellt.

### Neu-Oerlikon

Für das geplante Umsteigezentrum bei Schaffhauser-, Fries- und Binzmühlestrasse werden mit einer Testplanung die wesentlichen Inhalte für ein städtebauliches Leitbild erarbeitet. Die Revision der Sonderbauvorschriften Neu-Oerlikon hat zwei Inhalte: Die noch bestehenden Industriebauten im Teilgebiet D beim Bahnhof können erhalten bleiben. An bestimmten Lagen beleben publikumsnahe Einrichtungen wie Läden oder Restaurants in den Erdgeschossen das Quartier.

### Manegg

Im Juli hat die Stadt die GrundeigentümerInnen zur ersten Quartierplanversammlung eingeladen. Anschliessend startete sie die Erarbeitung des zweiten Quartierplanentwurfs. Der Gestaltungsplan-Entwurf zum gesamten Gebiet lag öffentlich auf.

### Öffentlicher Raum

Die enge Zusammenarbeit mit Tiefbauamt und Grün Stadt Zürich hat sich etabliert. Der Fachbereich öffentlicher Raum beteiligte sich intensiv an der Erarbeitung von «Stadträume 2010 – Umsetzung». Weiterhin begleitete der Fachbereich wichtige Projekte im öffentlichen Raum: Sechseläuten-Platz/Theater-Platz/Stadelhoferplatz, Bahnhofplatz Oerlikon, Leitbild Bahnhof Oerlikon Ost, Stadtraum HB (Teilprojekt öffentlicher Raum) usw. Zudem nahmen VertreterInnen des Fachbereichs an Jurierungen teil, z. B. für Vulkanplatz, Pestalozzi-Anlage, Escher-Wyss-Platz und SBB-Durchmesserlinie Baustelleninstallationen.

### Architektonische Beratung, Baukollegium

Die Vorberatung und Begleitung von Bauherrschaften und Planenden blieb auf dem hohen Niveau des Vorjahrs. Mit der vielerorts möglichen baulichen Verdichtung stellte sich vermehrt die Frage nach der gebietsverträglichen Einordnung von Neubauprojekten. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens begutachtete das AfS rund 820 Baugesuche. Deutlich zugenommen haben kleinere und mittlere Neubaugesuche, vor allem für Wohnbauten. Die Begleitung und Initialisierung von diskursiven Verfahren und Studienaufträgen blieb konstant hoch.

Das Baukollegium hat an zehn Sitzungen 36 externe und fünf interne Geschäfte behandelt.



Parkrampe Sihcity. (Bild: Juliet Haller, Amt für Städtebau)

### Reklameanlagen

Die 2006 vorgestellten Aussenwerbekonzepte bewähren sich in der Praxis. Die Zahl der bearbeiteten Reklamegesuche (1000), Voranfragen (600) und Beratungen (600) ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Die Anzahl der Rechtsmittelverfahren hat sich nochmals geringfügig erhöht. Die Einnahmen für die Benützung des öffentlichen Grundes sind gestiegen; dies aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung und aufgrund der regen Bautätigkeit (Megaposter an Baugerüsten).

Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde gegen die Vergabe des Plakatvertrags am 23. August rechtskräftig abgewiesen. Die neuen Verträge mit den beiden Plakatfirmen, die den Zuschlag erhalten haben, gelten ab 1. Juli 2008.

### Stadtarchäologie

Die Stadtarchäologie führte in der Altstadt an 37 Objekten, in den Aussenquartieren an 45 Objekten Untersuchungen durch sowie Abklärungen im Zusammenhang mit Bauprojekten (u. a. Schutzabklärungen). Für rund 80 Objekte in der Altstadt und in den Aussenquartieren waren Stellungnahmen im Rahmen des ordentlichen Baubewilligungsverfahrens notwendig.

Beim Rennweg stiess die Stadtarchäologie auf eine Kulturschicht aus keltischer Zeit und zwei Bruchstücke einer «Tüpfelplatte», welche die Kelten zur Herstellung von Münzen ein-

setzten – ein wichtiges Indiz für die Bedeutung der keltischen Siedlung. Bei einer Grabung in einem Gebäude am Limmatquai kamen eine Ufermauer und Keramik aus dem 12./13. Jahrhundert zum Vorschein. Aufsehen erregte die Grabung beim Grossmünster: Archäologen fanden eine Knochengrube aus der Reformationszeit sowie zwei goldene Ohringe aus dem 17. Jahrhundert.

Weitere Untersuchungen fanden auf dem Lindenhof, am Limmatquai, sowie an der Kirchgasse und an der Napfgasse statt. Unter dem Stadthaus waren wichtige geologische Einblicke möglich.

In den Aussenquartieren standen neben Schutzabklärungen bei ländlichen Bauten, die Ausgrabungen an der Hohnrainstrasse in Wollishofen im Vordergrund. Hier kamen Reste eines römischen Gutshofes mit Mosaikböden und Heizsystem zum Vorschein.

An der Eröffnung des renovierten Freibads Letzigraben richtete das AfS eine Ausstellung für die Badegäste ein. In einem Buch über das Freibad fanden auch die archäologischen Befunde des Jahres 2006 Eingang.

### **Praktische Denkmalpflege/Inventarisierung/Denkmalpflegekommission**

Der Stadtrat hat 19 Objekte unter Denkmalschutz gestellt. Drei Objekte/Gebäudegruppen wurden aus dem Inventar entlassen. Die Denkmalpflege hat 470 Baugesuche geprüft und Anträge zuhanden der Bausektion des Stadtrates verfasst. Hinzu kommen elf Verfügungen zu Beitragsleistungen an Schutzobjekten. Im Rahmen von Baubewilligungsverfahren hat der Stadtrat in fünf Feststellungsbeschlüssen festgehalten, dass der Charakter des Schutzobjekts durch die bauliche Massnahme nicht beeinträchtigt wurde. Im Zusammenhang mit Planungen, Neubau- und Umbaugesuchen sowie Provokationen Privater und Begehren anderer Amtsstellen wurden elf Detailinventare und 20 Dokumentationen erstellt, sieben weitere sind in Bearbeitung. Über das Gebiet der Weststrasse liegt eine Ortsbildstudie vor. Zum Thema Gestaltung im Dachbereich verfasste das AfS zusammen mit weiteren Ämtern die Studie «Dachlandschaften». Sie dient als Leitfaden im Baubewilligungsverfahren. Die interdisziplinär tätige Kontaktgruppe Schulhaus traf sich zu sechs Sitzungen mit dem Schwerpunkt strategische Schulhausplanung.

Die Denkmalpflege wirkte an zwei Ausstellungen mit: «Zürcher Schulhäuser – 6 Meilensteine in 175 Jahren» im Rahmen des Jubiläums 175 Jahre Volksschule sowie «Wohnsiedlungen erhalten, ergänzen, ersetzen» im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

Die Denkmalpflegekommission, die den Stadtrat in denkmalpflegerischen Angelegenheiten berät, kam achtmal zusammen und behandelte zwanzig Geschäfte.

### **Unterwasserarchäologie und Dendrochronologie**

Die archäologische Tauchequipe der Stadt Zürich arbeitete auch für die Kantone Zug, Schwyz, Zürich. Im Kanton Zug barg sie Reste der neolithischen Seeufersiedlung, die um 4200 v. Chr. errichtet wurde. Für den Kanton Schwyz setzte sie die Untersuchung der prähistorischen und historischen Brückenübergänge beim Seedamm zwischen Rapperswil und Hurden fort. Bei der Fundstelle Hombrechtikon-Feldbach West fanden abschliessende archäologische Untersuchungen und Schutzmassnahmen statt.

Das ewz passte ein Projekt (Entnahme von Seewasser zu Heiz-/Kühlzwecken) im Zürcher Seefeld in Zusammenarbeit mit der Unterwasserarchäologie Zürich soweit an, dass die neolithischen Fundschichten beim Bau des Pumpwerks in der Seerosenstrasse verschont blieben. Im Rahmen der EURO 2008 ist im unteren Zürichseebecken eine schwimmende VIP-Plattform geplant. Die Befestigungspfähle werden soweit versetzt, dass die Plattform keine archäologischen Schichten zerstört.

Das Labor für Dendrochronologie bearbeitete rund 50 Projekte. Die archäologischen, historischen Hölzer stammten einerseits von Gebäuden, andererseits aus archäologischen Grabungen und Hausuntersuchungen der Kantone Zürich, Schaffhausen, Aargau, Luzern, Nidwalden, Schwyz und St. Gallen. Zusätzlich wurden Hölzer für Privatpersonen und Institutionen untersucht (u. a. Instrumente des Museums Bellerive Zürich).

### **Baugeschichtliches Archiv (BAZ)**

1617 Personen benutzten die Archivbestände vor Ort. Das BAZ erteilte etwa gleich viele schriftliche und telefonische Auskünfte. Das Archivpersonal begleitete Gruppenarbeiten, unterstützte Schulklassen bei ihrem ersten Archivbesuch und informierte Gruppen von Studierenden über die Bestände und deren Benutzung.

Das BAZ war mit der Ausstellung «Zürich fotografiert 1850–1900» während fünf Monaten zu Gast im Landesmuseum. Das Museum verzeichnete in dieser Periode rund 36 000 Eintritte. Im Haus zum Rech stellte das BAZ Fotografien des Hotels Greulich aus – eine Schenkung des Inhabers. Das BAZ hat grössere Sammlungen von Fotografien aufgenommen.

### **GIS Kompetenzzentrum HBD**

Die neue GIS-Informationsplattform mapAfS, ein Werkzeug für AfS-Mitarbeitende, wurde erfolgreich eingeführt. Das GIS-Kompetenzzentrum leistete einen wichtigen Beitrag zum 100-jährigen Bestehen der Wohnbauförderung: Das Büro für Wohnbauförderung überführte seine analogen geografischen Daten in digitale GIS-Daten; es veröffentlichte entsprechende Karten in der Jubiläumsausgabe und im Internet. Die regionale Zusammenarbeit wurde intensiviert: Im Auftrag der RZU erstellte das GIS-Kompetenzzentrum Karten, die auf komplexen GIS-Analysen basieren. In Zusammenarbeit mit O+I HBD entstand der Bildmanager, ein einfach zu bedienendes Programm zur Verwaltung von Fotos. Mit dem Bildmanager lassen sich auch die Fassadenaufnahmen (mapGeoFoto) verwalten.

### **Liegenschaftsbewertung/Bauökonomie**

Es wurden 108 Aufträge bearbeitet, vor allem Verkehrswertschätzungen und Konzessionsgebührenberechnungen. In der städtischen Schätzungskommission wurden mehr Geschäfte behandelt, wodurch sich der Bearbeitungsaufwand erhöht hat. Insgesamt war die Durchlaufzeit pro Auftrag geringer als im Vorjahr. Die Bearbeitung von Denkmalschutzfällen richtete sich auf die Behandlung solcher Fälle vor Gericht aus, dies mit Unterstützung des Rechtskonsulenten-Stellvertreters und Vorsitzenden der städtischen Schätzungskommission.

#### 4.2.3 Kennzahlen Amt für Städtebau

##### Richtplan- und BZO-Teilrevisionen, Sonderbauvorschriften (SBV) und Gestaltungspläne (GP) 2007

Planungsinstrument	in Bearbeitung	Mitwirkungsverfahren und Vorprüfung	Gemeinderats-Beschluss (GRB)	Rechtsmittelverfahren hängig	in Kraft gesetzt
<b>Richtplanung</b>					
Teilrevision Bereich Allmend/Saalsporthalle			31.10.2007		
<b>BZO-Teilrevisionen</b>					
Bereich Allmend/Brunaubrücke			31.10.2007		
Bienenstrasse			31.10.2007		
Bereich Allmend/Saalsporthalle			31.10.2007		
<b>Sonderbauvorschriften</b>					
SBV KIBAG		durchgeführt			
SBV Neu-Oerlikon		durchgeführt			
SBV ETH Zürich-Hönggerberg			31.01.2007		27.10.2007
SBV Triemli		durchgeführt	24.10.2007		
<b>Gestaltungspläne</b>					
GP Toni-Areal			18.04.2007		27.10.2007
GP Tramdepot Hard		durchgeführt			
derzeit sistiert					
GP Stadtraum HB			18.01.2006	x	
Aufhebung GP «HB-Südwest»			18.01.2006		
GP Löwenbräu-Areal			09.11.2005	x	
GP Manegg		November 07– Januar 08			
Lärm-GP Seebacherstrasse					11.08.2007
GP Im Forster					17.02.2007
Lärm-GP Obsthaldenstrasse			08.11.2006	abgeschlossen	
GP Belvoirpark		durchgeführt			
GP Neues Kongresszentrum Zürich		durchgeführt			
GP UBS Grünenhof		durchgeführt	28.11.2007		
Aufhebung					
GP Contraves-Areal		durchgeführt			
GP Edisonstrasse		durchgeführt			
Ergänzender GP SEW-Areal Baufelder B+F		durchgeführt			
GP FGZ, 3. Etappe Ersatzneubau	x				

## Quartierpläne 2007

Nr.	Quartierplan	Aktueller Stand
221	Eierbrecht	Bau der Anlagen
235	Teilrevision Jasminweg	Einleitung/Festsetzung, Oktober 2007
351	Zielackerstrasse	Schlussabrechnung
362	Teilrevision Bereich Jungstrasse	Einleitung, Dezember 2006, Festsetzung in Vorbereitung
403	Langmatt	Schlussabrechnung
447	Hagenbuchrain	Schlussabrechnung Strasse Schützenrain
457	Kürberghang	Schlussabrechnung
464	Obsthaldenstrasse	Festgesetzt, November 2006
467	Käshalden	Bau der Anlagen
467	Käshalden, Teilrevision Waschhausweg	Einleitung, Mai 2007, Rechtsmittelverfahren hängig
468	Ruggächer	Bau der Anlagen
470	Seebacherstrasse	Grundbuchlicher Vollzug, Bau der Anlagen durch Private
481	Riedhofstrasse	Schlussabrechnung
484	Heubeeriweg	Festgesetzt, April 2006, derzeit Rechtsmittelverfahren hängig
485	Hurdäcker	Festsetzung Anfang 2008
488	Manegg	2. Entwurf Quartierplan in Erarbeitung
490	Ettenfeld-Süd	Einleitung, Februar 2007
491	Ettenfeld-Nord	Einleitung, Mai 2007

## Architektonische Beratung/Baukollegium

	2003	2004	2005	2006	2007
Begutachtung Baugesuche	990	885	800	889	820
Geschäfte Baukollegium	42	36	34	34	41

## Denkmalpflege/Denkmalpflegekommission

	2003	2004	2005	2006	2007
Geprüfte Baugesuche	478	530	497	450	470
Feststellungsbeschlüsse	–	–	–	12	5
Verfasste Objektblätter	–	–	–	11	8
Unter Schutz gestellte Objekte	18	21	22	25	19
Schutzverordnungen	0	0	0	2	0
Aus dem Inventar entlassene Objekte	2	3	5	8	3
Erstellte Detailinventare/Dokumentationen	16	14	19	14	31
Geschäfte Denkmalpflegekommission	14	15	14	19	20

## 4.3 Amt für Hochbauten

### 4.3.1 Aufgaben

Das Amt für Hochbauten (AHB) ist die Bauherrenvertretung für die Stadt Zürich in allen Projektierungs- und Bauphasen von städtischen Hochbauten. Zudem ist das AHB zuständig für die Vorbereitung und das Controlling von Bauvorhaben des gemeinnützigen Wohnungsbaus und von der Stadt unterstützter Institutionen. Die Aufgaben umfassen:

- Projektmanagement in allen Phasen des Bauvorhabens;
- Architekturwettbewerbe, Wettbewerbe Kunst und Bau; Planerwahlverfahren und Unternehmersubmissionen;
- strategische Planungen und Machbarkeitsstudien, Zustandserfassung der Portfolios;
- erarbeiten von baulichen Strategien, Konzepten, Normen und Standards (u. a. Nachhaltigkeitsstandards).

Zwischen aktuellen Betriebsanforderungen, der langfristigen Ausrichtung einer Baute, zukunftsorientierten Energie- und Nachhaltigkeitsanforderungen und begrenzten finanziellen Mitteln besteht ein äusserst hoher Abstimmungsbedarf. Dieses Spannungsfeld wird genutzt, um das Potenzial einer Aufgabe sorgfältig auszuloten und zusammen mit allen Akteuren positive, zum Ziel führende Lösungen zu suchen. Trotz diesen hohen Anforderungen weisen die AHB-Bauten hohe architektonische und städtebauliche Qualitäten auf.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Nachhaltigkeit: Dem Trend voraus

Das AHB hat sich von der aktuellen Diskussion über den Klimawandel nicht überraschen lassen. Seit Jahren steht die Stadt Zürich bezüglich ökologischer Nachhaltigkeit schweizweit an der Spitze. Mit dem aktiven Support von Stadt- und Gemeinderat verfolgt das AHB eine Politik der Nachhaltigkeit, die in der ganzen Schweiz beachtet und zum Vorbild genommen wird. Die 2001 lancierten «7 Meilenschritte für umwelt- und energiegerechtes Bauen» bildeten die Grundlage für die Vorgaben der Energiedelegierten der grossen Städte. Mit dem stadträtlichen Legislaturziel 4 «Nachhaltige Stadt Zürich» macht sich die Stadt auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft.

Im Hinblick auf diese Weichenstellung wurde die Handhabung der 7 Meilenschritte im AHB weiter ausgebaut. Verbesserungen beim Energiebedarf von Bauten werden schon in der Frühphase der Projekte eingeleitet. Bei der Vorbereitung von Neubauprojekten wird jetzt in jedem Fall geprüft, ob sich die Aufgabe für den MINERGIE-P-Standard eignet, so bei der Vorbereitung der Wettbewerbe für die Kunsthaus-Erweiterung und die Wohnsiedlung Kalkbreite. Beim Wettbewerb für den Neubau des Altersheims Trotte kam der MINERGIE-P-Standard erstmals zur Anwendung. Oft stehen die Anforderungen der Energieeffizienz in Konkurrenz zu anderen Auflagen, z. B. eng ausgelegte Lärmschutzvorschriften.

Auch bei Instandsetzungen wird systematisch geprüft, ob der anspruchsvollere MINERGIE-Neubau-Standard erreicht werden kann. Ausserdem werden Möglichkeiten abgeklärt, den gesamten Wärmebedarf durch erneuerbare Energien zu decken. Ein wachsender Anteil von Instandsetzungsprojekten erreicht den MINERGIE-Standard; zum Beispiel die wegen

ihrer Grösse wichtigen Erneuerungsprojekte Pflegezentrum Mattenhof und Schulhaus Milchbuck. Beim Schulhaus war dies nur möglich dank dem Entgegenkommen der Denkmalpflege. Nicht bei allen Instandsetzungsprojekten ist jedoch die für wirksame Massnahmen nötige Eingriffstiefe gegeben.

Es ist deshalb umso wichtiger, dass bei baulichen Grossprojekten der Stadt Zürich alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz ausgeschöpft werden. Das neue Bettenhaus des Stadtspitals Triemli wird daher als Leuchtturmprojekt auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft geplant. Sein Wärmebedarf soll im Vergleich zu heute um 65–75 % gesenkt werden, der Stromverbrauch um 5 %. Bei der Wahl der Baumaterialien wird der Aufwand von grauer Energie so tief wie möglich gehalten.

#### Mehr als Wohnen: Erneuerung des Gebäudeparks

Die Stadt Zürich besitzt einen Gebäudepark mit einem versicherten Wert von rund 10 Mrd. Franken. Die Erneuerung dieses grossen Portefeuilles ist die wichtigste Aufgabe des AHB. Dabei ist eine langfristige Betrachtungsweise erforderlich: Die heutigen Investitionen haben sich über einen Lebenszyklus von 30 Jahren und länger in kultureller, wirtschaftlicher, funktionaler und ökologischer Hinsicht zu bewähren. Die Betriebs- und Unterhaltskosten in diesem Zeitraum übersteigen oft die ursprünglichen Baukosten: Den Lebenszykluskosten gilt daher wachsende Aufmerksamkeit. Eine geeignete Methode zu ihrer Berechnung wird gegenwärtig von Fachleuten des Finanz- und Hochbaudepartements entwickelt.

In diesem Zusammenhang ist die Kenntnis des Gebäudezustands der bestehenden Bauten wichtig. Das AHB bietet Gebäude-Zustandsbeurteilungen nach der STRATUS-Methode an. Sie ist einfach in der Anwendung und erlaubt zuverlässige Aussagen über den Alterungsgrad und über Grösse und Zeitpunkt des künftigen Investitionsbedarfs zur Instandhaltung. 2007 konnten u. a. 52 städtische Wohnsiedlungen neu aufgenommen werden, so dass nun rund 70 % aller städtischen Gebäude erfasst sind. Das nützliche Instrument soll in Zukunft noch weiter ausgebaut werden.

Ein wichtiges Erneuerungsprojekt war das Kreisgebäude Kollerhof (huggen\_berger Architekten), das sich zu einer repräsentativen öffentlichen Adresse im Langstrassenquartier gewandelt hat. Der Aufwertung des Langstrassenquartiers kam auch die subtile Erweiterung des Kinos Xenix (Frei + Saarinen Architekten) entgegen. Mehr Raum für Kultur wurde schliesslich im Tanzhaus Wasserwerk in Wipkingen geschaffen. Im ehemaligen Transformatorengebäude entstanden ein Tanzsaal und neue Übungsräume neben Büros und Ateliers für Private (blue architects und Gramazio & Kohler Architekten). Die Instandsetzung von drei städtischen Wohnsiedlungen (Riedtli, Zurlinden und Hardau II) stand Ende 2007 kurz vor ihrem Abschluss.

Ein Sonderfall denkmalpflegerischer Erneuerung ist das Amtshaus Parkring (TU Halter AG / Stücheli Architekten). Seine Glas-/Aluminium-Fassade aus den frühen 1960-er Jahren stand zwar unter Schutz, hatte aber ihre technische Lebenserwartung erreicht und erfüllte bei weitem nicht die heutigen energetischen Anforderungen. Dank einer neuen Gebäudehülle, die sich optisch kaum von der ursprünglichen unterscheidet, erreicht das Haus jetzt den Minergie-Standard; es wird neu mit Erdwärme geheizt.

Die weitaus grössten Erneuerungsprojekte betreffen die Stadtspitäler Waid und Triemli. Das Waidspital feierte im August den Abschluss einer 19 Jahre dauernden, schrittweisen

Erneuerung (Schindler, Spitznagel, Burkhard + Landolt, steigerpartner sowie Itten + Brechbühl Architekten) auf der Basis einer strategischen Planung. In ihrem Verlauf stärkte das Waidspital seine Ausrichtung als Akutspital für die nördlichen Stadtquartiere, verbesserte die Aufenthaltsqualität für die Patientinnen und Patienten und baute seinen geriatrischen Bereich aus. Für das Bettenhaus des Triemlispihals ist eine etappierte Erneuerung nicht machbar. Stattdessen wird ein Neubau (Aeschlimann Prêtre Hasler Architekten) neben dem bestehenden Hochhaus dessen Funktion übernehmen. Am 25. November bewilligten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Objektkredit von 290 Mio. Franken.



Klassische Eleganz und Leichtigkeit: Der Erweiterungsbau der Schulanlage Hirzenbach. (Bild: Beat Bühler)

In Schwamendingen konnte die Erweiterung des Schulhauses Hirzenbach in Betrieb genommen werden, während der Altbau noch 2008 instand gesetzt wird. Der klassische und schwebend leicht wirkende Neubau von Roger Boltshauser fügt sich organisch in die Anlage aus den 1960-er Jahren ein. Zusätzliche Klassenzimmer, Hort, Spezialräume und eine Dreifachturnhalle sind in dieser Erweiterung enthalten.

### Mehr als Letzigrund: Neubauten für den Sport

Die Eröffnung des Stadions Letzigrund im August bildete zweifellos den Höhepunkt in der AHB-Jahresagenda. Nach nur 19 Monaten Bauzeit ging Zürichs neue Sportarena erfolgreich in Betrieb. Die Atmosphäre überzeugte und sämtliche technischen Systeme funktionierten auf Anhieb einwandfrei. Für seine herausragende Architektur wurde das Letzigrund (TU Implanzia Generalunternehmung/Béatrix Consolascio und Frei Ehrensperger Architekten) sowohl mit dem «Prix Acier» als auch mit dem «Goldenen Hasen» für das beste Schweizer Bauwerk 2007 ausgezeichnet.



Austragungsort der EURO 08: Das preisgekrönte Stadion Letzigrund. (Bild: Yves André)

Sportliche Spitzenleistungen können nur auf einer breiten Basis entstehen. Die Stadt Zürich investiert jährlich erhebliche Summen in öffentliche Sportanlagen, denn der Breiten- und Freizeitsport ist der beste Beitrag zur öffentlichen Gesundheit und zur gesellschaftlichen Integration. In der Sportanlage Juchhof (Altstetten) entstanden im Mai zusätzliche Fussballfelder und zwei neue Garderobengebäude, die sich durch kostengünstige Bauweise und eine markante Architektursprache auszeichnen (HRS TU/e2a Architekten). Das Erneuerungsprojekt für die Sportanlage Heerenschürli passierte im November die Volksabstimmung.

Im Quartier Hardau konnte im November die neue Sporthalle der Schule und dem Vereinssport übergeben werden (weberbrunner Architekten). Auch sie ist ein Bauwerk, bei dem die Kostenvorgabe für den Entwurf massgeblich war. Der in weisses Blech gehüllte Würfel wirkt elegant und leicht; neben der grossen Dreifachturnhalle mit Publikumstribünen enthält er Trainingsräume, eine Aula und eine Gastroküche für grössere Events. Die Sporthalle reiht sich ein in die baulichen Massnahmen zur Aufwertung des Hardauquartiers gemäss dem stadträtlichen Legislaturziel 2002–2006.

Grosse Beachtung erfuhr im Mai die Wiedereröffnung des Letziggraben-Bads. Das einzige grössere Bauwerk des Schweizer Schriftstellers und Architekten Max Frisch wurde mit grosser Sorgfalt denkmalpflegerisch instand gesetzt (weberbrunner Architekten) und neu mit einem Wellenbad und Ausstellungsräumen versehen.

Im Zug der Erneuerung und Erweiterung von Schulanlagen wurden in den letzten Jahren zahlreiche Mehrfachturnhallen für den Schul- und Vereinssport neu erbaut. Hier ist das AHB offensichtlich vom Pech verfolgt: Nachdem im Geschäftsjahr 2006 die neue, unterirdische Turnhalle Apfelbaum wegen Wasserschäden saniert werden musste, folgte im August eine neue gravierende Schadenmeldung: Unwetterartige Regenfälle hatten die neue Dreifachturnhalle im Schulhaus Falletsche unter Wasser gesetzt. Der Hallenboden musste in der Folge entfernt werden; die Halle bleibt voraussichtlich bis im Sommer 2008 gesperrt. Es dauert in solchen Fällen einige Zeit, bis die technische Ursache des Wassereintruchs geklärt und die Kostenbeteiligung der haftbaren Unternehmer bzw. ihrer Versicherungen geregelt sind. Für die Sanierung sind anschliessend geeignete Witterungsbedingungen abzuwarten. Wir wissen, dass das für die Schule und die Sportvereine eine massive Beeinträchtigung bedeutet, die wir zumindest durch eine transparente Informationspolitik zu mildern versuchen.

Obwohl es bauliche Risiken mit sich bringt, so anspruchsvolle Gebäudeteile wie eine Turnhalle unterirdisch und mit begehbarem Dach zu bauen, steht diese Lösung gegenüber oberirdischen Hallen oft im Vordergrund. Dahinter steht der Wunsch, die kostbaren Freiflächen bestehender Schulanlagen möglichst zu schonen und das grosse Volumen sanft ins vorhandene Siedlungs- und Freiraumgefüge des Quartiers einzubetten.

### Hohe Präsenz: Kleinbauten im öffentlichen Raum

Wegen ihrer geringen Grösse werden sie in ihrer Wirkung oft unterschätzt: Die kleinen Bauwerke, die auf Plätzen, an Tramhaltestellen und in öffentlichen Anlagen dienende Funktionen ausüben: Als Tramwartehallen, WC-Gebäude, Kioske oder ähnliches. Welche Aufwertung ein öffentlicher Platz durch ein solches Dienstgebäude erfahren kann, zeigt eindrücklich der Limmatplatz im Kreis 5. Die neue Tramwarte (Baumann Roserens Architekten) wächst buchstäblich über ihre dienende Funktion hinaus: Als weit gespanntes, rundes Betondach

überspannt sie die Platzmitte, leuchtende Glaskörper nehmen Café und andere Nutzungen auf, die damit Teil der Gesamtform werden. Den Trambenutzerinnen und -benutzern steht ein offener und geschützter Raum zur Verfügung, der zugleich ein Treffpunkt im Quartier ist. Selten kann mit so kleinen Bauvorhaben so grosse Wirkung erzielt werden. 4 Mio. Franken betragen die Gesamtkosten der Platzgestaltung, davon entfallen 1,5 Mio. Franken im engeren Sinn auf die Warthalle.



Die neue Tramwarthalle wertet den Limmatplatz entscheidend auf. (Bild: Theodor Stalder)

Am Seeufer gehen die baulichen Aufwertungsmassnahmen weiter: Im Sommer konnte die zweite Bootsvermietung gemäss «Corporate Design Kleinbauten» eröffnet werden (Stoos Architekten). Zwei neue Züri-WCs am Utoquai und auf der Blatterwiese tragen zum Komfort und zur Sauberkeit der Anlagen bei. Die Planung von Kleinbauten im öffentlichen Raum gehört zu den anspruchsvollsten Aufgaben des AHB. Ihre exponierte Lage hat sehr hohe städtebauliche Anforderungen und ebenso viele Ansprüche unterschiedlichster Anspruchsgruppen zur Folge, die sich oft nur schwer vereinbaren lassen. Die nötige robuste Ausführung und die zahlreichen technischen Einbauten auf kleinem Raum (wie automatische WC-Anlagen, Gastküchen usw.) führen zu relativ hohen Kostenkennzahlen, die es immer wieder neu zu erklären gilt.

#### Wettbewerbe für Stadt und Baugenossenschaften

Von den zehn Architekturwettbewerben entfiel ein grosser Anteil auf Projekte von gemeinnützigen Baugenossenschaften und städtischen Stiftungen. Neben dem genossenschaftlichen Wohnungsbau standen Projekte des Alterswohnens im Vordergrund. Die Nachfrage nach hochwertigem, hindernisfreiem Wohnraum mit spezifischen Dienstleistungen wächst weiter. Die Neubau-Wettbewerbe für die städtischen Altersheime Trotte (Wipkingen) und Köschenrüti (Seebach) konnten im Januar prämiert werden, ebenso wie der Wettbewerb für die Alterssiedlung Frieden (Affoltern) der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW). Weitere Wettbewerbe für die SAW standen Ende 2007 kurz vor dem Abschluss: Neue Alterswohnungen entstehen an der Seefeldstrasse (Riesbach), an der Feldstrasse (Aussersihl) und an der Tramendstation in Seebach.

Auf dem letzten Baurechtsareal im Gebiet Ruggächer wurde für die Baugenossenschaft Zentralstrasse der Architekturwettbewerb für die Wohnsiedlung Aspholz Süd durchgeführt. Das Siegerprojekt stammt von Darlington Meier Architekten. Wettbewerbe für Ersatzneubauten der Baugenossenschaften

Vrenelisgärtli und Limmattal stehen kurz vor Abschluss. Zum Jubiläumsjahr «100 Jahre Wohnbauförderung» organisierte die Stadt Zürich zusammen mit dem Schweizerischen Verband für Wohnungswesen (SVW Sektion Zürich) den Ideenwettbewerb «Wie wohnen wir morgen?». Der Wettbewerb und seine Begleitveranstaltungen lösten Diskussionen über innovative Wohnbaustrategien aus, die im gemeinnützigen Wohnungsbau nachhaltige Wirkung erwarten lassen.



Urbane Wohnqualität in der Grünau: Wohnsiedlung Werdwies und Brunnen «hier». (Bild: Georg Aerni)

Dass die im AHB durchgeführten Wettbewerbe in erfolgreiche Bauvorhaben mündeten, zeigten die elf im Sommer neu bezogenen Wohnsiedlungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Sechs davon gingen auf Wettbewerbe im AHB zurück. Mit besonderem Stolz wurde im Juni die neue städtische Wohnsiedlung Werdwies (Grünau) von Adrian Streich bezogen. Das bereits mehrfach ausgezeichnete Projekt bietet für Familien, Kleinhaushalte und speziell für Musikerinnen und Musiker hervorragenden und preiswerten Wohnraum. Den gutbürgerlich zugeschnittenen Wohnungen steht ein vielfältiger, urban gestalteter Aussenraum zur Verfügung. Der Gedanke der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit kam hier in umfassender Weise zum Tragen.

Eine neuartige, interdisziplinäre Wettbewerbsaufgabe war am Escher-Wyss-Platz zu lösen. Für die Neugestaltung des Platzes war ein Projekt gesucht, das durch ein Zusammenspiel von Kunst und Architektur diesem belebten 24-Stunden-Ort einen unverwechselbaren Charakter verleiht. Teams aus Architektur, Kunst und Verkehrsplanung waren zur Teilnahme eingeladen. Die Jury wählte im November das Projekt «Nagelhaus» von Caruso St. John Architects (London) und Thomas Demand (Berlin) zur Ausführung aus.

#### Kunstprojekte mit internationaler Ausstrahlung

Kunst findet in Zürich traditionell nicht nur im Museum statt. Kunst- und Bau-Projekte bringen bedeutende Werke in den alltäglichen Lebensraum der Bevölkerung. Für die Fachstelle Kunst und Bau/öffentlicher Raum war 2007 ein besonders intensives Jahr: zehn Projekte wurden abgeschlossen und zehn neue Auswahlverfahren durchgeführt. Das professionelle Niveau der Werkauswahl ist hoch: Dass vier der fünf Künstlerinnen und Künstler, die die Schweiz an der Biennale 2007 in Venedig vertraten, im gleichen Jahr auch Kunst und Bau-Projekte in Zürich ausführten, ist dafür ein deutlicher Beleg.

Zu den Highlights zählen die Werke in der Wohnsiedlung Werdwies: der Brunnen («hier») von Ugo Rondinone und die Fahnen («top 50») von Frédéric Post sowie das audiovisuelle Werk «Soundscapes/Hörlandschaften» von Yves Netzhammer und Bernd Schurer in drei Schulhäusern (Luchswiesen, Hirzenbach, Fallletsche). Die Licht-, Ton- und Videoarbeiten im neuen Stadion Letzigrund von Hannes Rickli und 24 weiteren Künstlern und Künstlerinnen nutzen geschickt die vorhandene technische Infrastruktur des Stadions.

In Zusammenarbeit mit der Kunstsammlung der Stadt Zürich entwickelte die Fachstelle Bebilderungskonzepte für das umgebaute Amtshaus Parkring (Sitz des Schul- und Sportdepartements) und das Altersheim Kalchbühl. Werke von Christine Streuli, Peter Z. Herzog und Teresa Chen wurden für

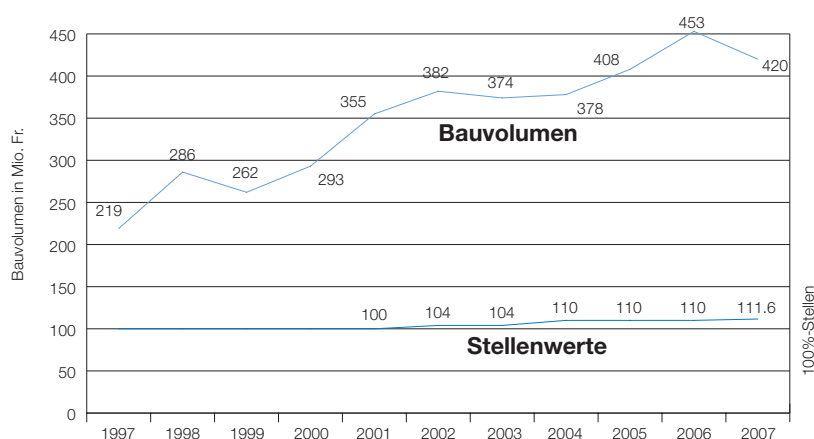
diesen Zweck neu angekauft und mit Werken aus der Sammlung ergänzt.

Die Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum sorgt seit 2006 für einen professionellen Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum. Sie hat sich bereits aktiv in das Geschehen eingebracht. Zahlreiche Anträge von privater Seite für zeitlich begrenzte künstlerische Interventionen waren zu beurteilen und zu betreuen. Mit dem Wettbewerb Escher-Wyss-Platz kann erstmals seit langem ein neues, bleibendes Werk im öffentlichen Raum entwickelt werden.

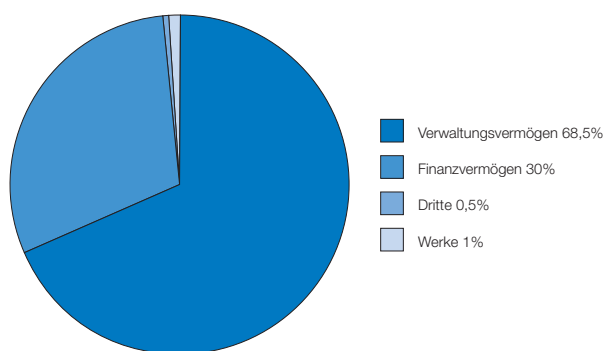
Übersichten über die aktuellen Planungs- und Bauvorhaben des Amts für Hochbauten finden sich unter:

[www.stadt-zuerich.ch/internet/hbd/home/planen\\_bauen.html](http://www.stadt-zuerich.ch/internet/hbd/home/planen_bauen.html)  
[www.stadt-zuerich.ch/kunst.html](http://www.stadt-zuerich.ch/kunst.html)

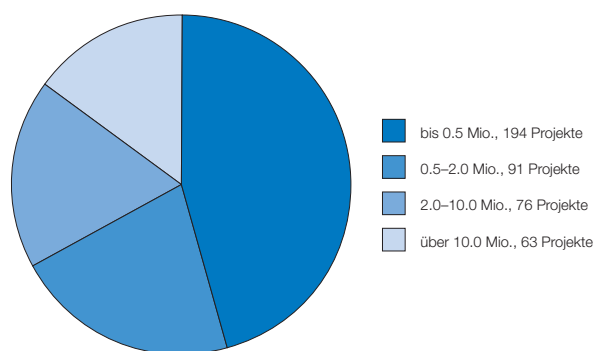
### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen



### Aufteilung der Kosten nach Nutzung



### Aufteilung der 424 aktuellen Bauvorhaben nach Kosten



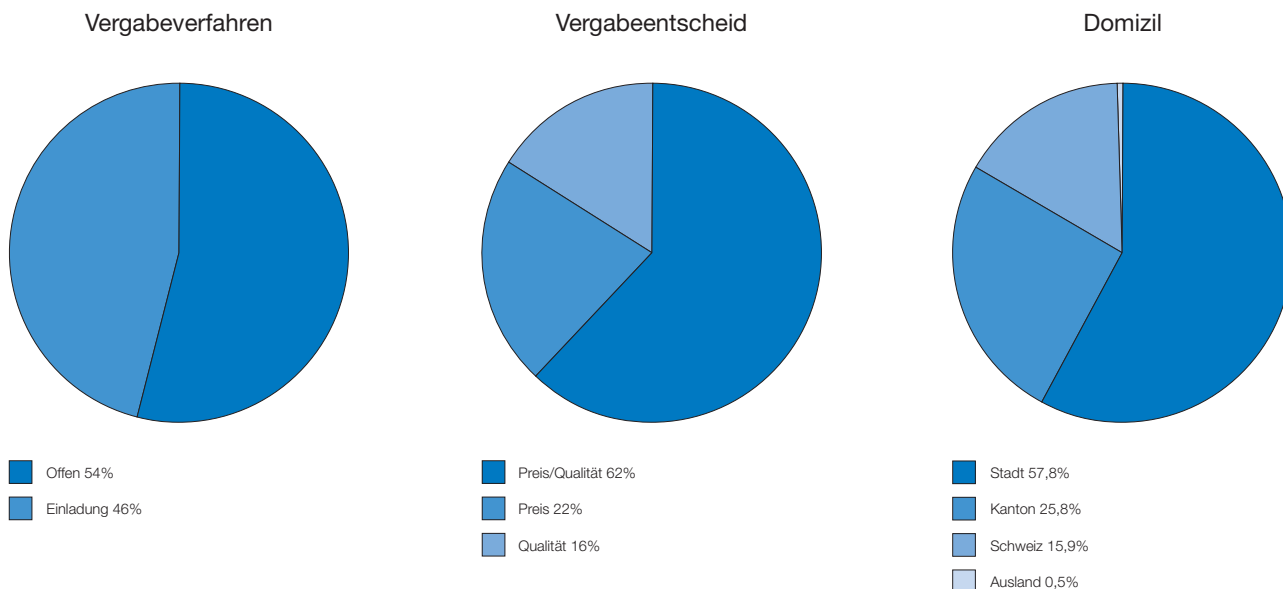
### Kommentar

Die im Rechnungsjahr 2007 getätigten Bauinvestitionen (Finanz- und Verwaltungsvermögen, Werke, Dritte) sind mit 420 Mio. Franken weiterhin auf hohem Niveau. Einerseits wegen der optimierten Arbeitsprozesse und Geschäftsabläufe sowie aufgrund des klar standardisierten Projektmanagements (Projektleitung/Projektsteuerung), andererseits dank eines enormen Einsatzes aller Mitarbeitenden war es dem Amt für Hochbauten wiederum möglich, ein Bauvolumen von über 400 Mio. Franken zu bewältigen. Dabei gilt zu bedenken,

dass das AHB ein sehr effizientes und routiniertes Kader aufweist, das nicht nur führt, sondern zur Spitzenabdeckung eine grosse operative Arbeitsleistung erbringt. Wie aus den Auswertungen hervorgeht, umfasst das Bauvolumen die ganze Palette von kleinen, mittleren und grossen Bauvorhaben (z. B. Stadtspitäler Triemli und Waid, Amtshaus I, Stadthaus, Schulhäuser Albisriederplatz, Fallletsche und Leutschenbach, diverse Wohnsiedlungen und das Stadion Letzigrund), deren Arbeitsaufwand sehr unterschiedlich sein kann.



## Vergabe von Bauaufträgen



### Kommentar

Die Vergabestatistik zeigt, dass beim AHB aufgrund der massgebenden Submissionsverordnung bei 126 Vergaben das offene Verfahren und bei 107 Vergaben das Einladungsverfahren zur Anwendung kam. Bei insgesamt 233 Entscheidungen basierten 144 Vergaben auf einem best ausgewiesenen Preis-/Qualitätsverhältnis. In 50 Fällen waren ausschliesslich der Preis und bei 39 Wettbewerben die Qualität für eine Auftragsvergabe ausschlaggebend. Schliesslich zeigt die dritte Grafik auf, dass bei den Vergaben 135 Firmen mit Domizil in

der Stadt Zürich, 60 Unternehmen mit Sitz im Kanton Zürich und 37 Unternehmen mit Domizil in der Schweiz beauftragt wurden. Im Geschäftsjahr 2007 wurde lediglich ein Bauauftrag aufgrund eines Wettbewerbs ins Ausland vergeben. Es ist festzustellen, dass Zürcher Unternehmen gegenüber Mitbewerbern in der übrigen Schweiz und im Ausland äusserst konkurrenzfähig sind. Das AHB arbeitet zu über 80% mit Unternehmen aus der Stadt oder dem Kanton Zürich zusammen.

## 4.4 Immobilien-Bewirtschaftung

### 4.4.1 Aufgaben

Die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) sorgt für eine optimale, stadteigene Rauminfrastruktur. Die zum Verwaltungsvermögen gehörenden Liegenschaften werden unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichtet.

Zu den Aufgabengebieten der IMMO zählen so auch die Beschaffung, Miete und Zuteilung der Verwaltungs- und Schulräume. Reinigung, Hauswartung und Instandhaltung sind ebenfalls wichtige Elemente einer nachhaltigen Bewirtschaftung.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

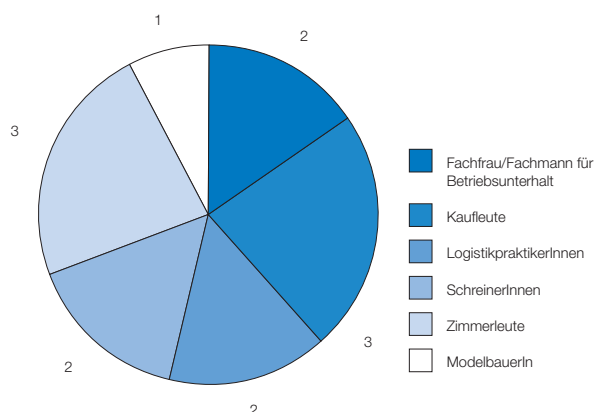
#### Abteilung Ausstattung/Umzüge

In der allgemeinen Verwaltung wurden durch die Abteilung Ausstattung/Umzüge 1089 Büroarbeitsplätze geplant und neu eingerichtet. Für rund 700 Arbeitsplätze mussten Umzüge organisiert bzw. für über 1800 Arbeitsplätze Aktenmaterial verschoben werden. Zusätzlich wurden etwa 385 Bürohilfs-, Lager- und Spezialräume rochiert bzw. teilweise neu eingerichtet oder ergänzt.

Termingerecht abgeschlossen sind folgende Projekte: Scan-Center des Steueramts im Lochergut, Amtshaus Parkring, Einsatzzentralen von Schutz & Rettung und Stadtpolizei, Stadtarchiv am Neumarkt 4. Bei Grossprojekten wie Bürohaus Walche oder Stadthaus sind die Provisorien bezogen. Im Bereich Schulen erhielten 5 Schulhäuser, 28 Horte, 23 Kindergärten und 110 Unterrichts- und Spezialräume eine neue Ausstattung. Für das Projekt «Kits für Kids» wurden 80 Computerarbeitsplätze ausgerüstet. Zusätzlich begann die Zustaandaufnahme der Einrichtungen von Zusatzräumen (Lehrer-/Vorbereitungszimmer, Singsäle, Mensa usw.), und diese erhielten teilweise neue Einrichtungen. In den Schulhäusern Hirzenbach, Milchbuck, Chriesweg und Wollishofen begannen die Instandsetzungsarbeiten, und die Provisorien konnten bezogen werden.

Aufgrund des neuen Volksschulgesetzes, das die Gemeinden verpflichtet, bedarfsgerechte Betreuungsangebote anzubieten, wurden 11 Betreuungsräume eingerichtet. Nach den Sanierungsarbeiten in den Schulhäusern Riedenhalde und Falletsche-Altbau konnten die Schulräume möbliert und bezogen werden. Für die Schule für Sehbehinderte begann die Evaluation für geeignetes Schulmobiliar. Ebenfalls offiziell gestartet ist das Projekt Schulmobiliar Evaluation 200x.

## Lernendenstatus



## Abteilung Regie-Betrieb

Das Ziel von 2003, den Bestand der Lernenden bis Ende 2007 von drei auf neun zu erhöhen, wurde übertroffen. Mit der Schaffung und Bewilligung einer Architektur-Modellbauer-Lehrstelle ab Sommer, ist die Zahl der Lernenden auf zehn gewachsen. Der Vergleich mit städtischen Modellwerkstätten aus der Schweiz und Deutschland hat gezeigt, dass die Organisationsstruktur und Personalstärke unseres Ateliers (1–2 Mitarbeitende) auf dem richtigen Stand ist. Eine Lehrstelle bieten nur Hamburg und Zürich an.

Das Team Logistik hat für sieben Wahlen und drei Abstimmungen den Auszähl- und Wahllokale total 83 t Material geliefert, aufgebaut und abgeholt.

Gemäss Beflagungsreglement führten die Regiebetriebe sechs Vollbeflagungen und vier individuelle Beflagungen termingerecht aus. Zusätzlich beflaggt wurde für die drei Anlässe «175 Jahre Volksschule», «125 Jahre Bestehen des öffentlichen Verkehrs in Zürich» und «Host City Zürich/EURO 2008».

Die Schreinerei erledigte für 16 Ausstellungen des Präsidialdepartements die Ausstellungsbauten. Erstmals aufgebaut wurde eine Ausstellung im Papiersaal von Sihlcity («Stanley Kubrick») und am Neumarkt 4 («Wohnsiedlungen erhalten, ergänzen, ersetzen»). Die aktuelle interne Wanderausstellung «Wir arbeiten für Zürich» wird von den Mitarbeitenden der Schreinerei in diversen städtischen Verwaltungsgebäuden auf- und abgebaut. Das Team der Express-Schreinerei musste für Glas- und Türreparaturen an Schul- und Sportgebäuden, die auf Vandalismus zurückzuführen sind, erfreulicherweise weniger oft ausrücken als im letzten Jahr.

Die werterhaltenden Arbeiten an den Häusern sowie Spielplätzen des Verwaltungsvermögens bildeten das Schwergewicht der Zimmerei. Zudem wurden zusätzliche Leistungen für das Züri Fäscht und das Theaterspektakel erbracht. Zum Jahresabschluss wurden im Tony Areal über 6500 m<sup>2</sup> Ausstellungstrennwände für die Zürcher Kunstszene aufgebaut.

Das Modellbauatelier hat am Stadtmodell 1:1000 im Amtshaus IV die Teile «Farbhof bis Bahnhof Altstetten» und «Altstetten bis Höngg» erneuert, 22 Einzelobjekte nachgeführt und die Bewaldung «Gebiet Zürichberg» aktualisiert. Das Modell «Zürich um 1800» wurde saniert, neu unter eine Glashaube gesetzt und ist im Haus zum Rech am Rindermarkt ausgestellt.

## Standort- und Raumoptimierung (STARO)

Im Jahr 2005 legte die IMMO dem Stadtrat eine Gesamtbilanz der STARO in der Stadtverwaltung vor. Daraus folgte der Auftrag an die Departemente, mit Unterstützung der IMMO auf den IAFP abgestimmte Raumbedarfsstrategien zu erstellen. Das Vorgehen gliedert sich in zwei Phasen:

Phase 1, Erfassung des Raumbedarfs

Phase 2, Erarbeitung der Standortstrategie

Der Abschluss der Phase 1 erfolgt mit einem Bericht an den Stadtrat im 1. Quartal 2008. Zusammen mit dem Bericht wird der Antrag auf Auslösung der Phase 2 gestellt.

## Resultate aus der Hochrechnung Raumbedarf April

Im Frühling 2006 wurde eine Hochrechnung der vorliegenden Teilergebnisse erstellt und dem Stadtrat in einer Einfrage unterbreitet. Der ausgewiesene Raumbedarf entspricht der Fortschreibung der Entwicklung 2001–2005. In der Gesamtbilanz 2005 ging man noch von einer zukünftig abgeschwächten Entwicklung aus.

Die Verwaltungsstandorte in der Innenstadt sind voll belegt. Die vorhandenen Leerstände sind marginal, und es gibt kaum Raumrückgaben. Um den Bedarf an Büroflächen bis 2010 zu decken, müssen Flächen am Zentrumsrand oder in Nebenzentren dazugemietet bzw. gekauft werden, um die zentralen Lagen zu entlasten.

Sowohl die Erfassung als auch die Auswertung erwiesen sich als aufwändig. Die Resultate sind jedoch genauer als die Hochrechnungen der Gesamtbilanz 2005. Es wurden wichtige Erkenntnisse zur Gestaltung des Erhebungsprozesses in der Zukunft gewonnen.

Neben der Erarbeitung einer Standortstrategie für die Stadtverwaltung wird 2008 das Augenmerk auf die Gestaltung eines effizienten Bedarfserhebungsprozesses in der Zukunft gelegt.

## Legislativziel Nachhaltigkeit

Die IMMO setzt sich intensiv mit der Nachhaltigkeit beim Energieverbrauch auseinander. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir grundsätzlich die nachfolgende Definition: «Die Entwicklung der Bewirtschaftung zukunftsfähig zu machen, heisst, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.» Unter diesem Grundsatz startete die IMMO verschiedene Aktivitäten und Projekte. Dies mit dem klaren Ziel, die Nachhaltigkeit auf eine 2000-Watt-Gesellschaft auszurichten.

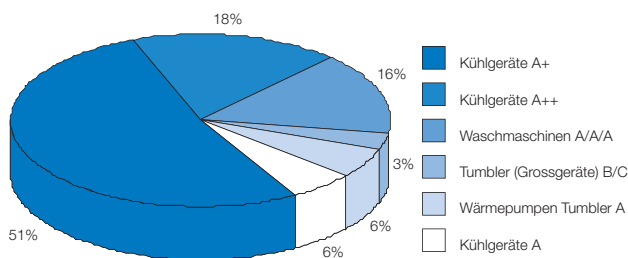
Die Energiegrossverbraucher Vereinbarung (EGV) mit dem Kanton Zürich ist eine dieser Aktivitäten. Mit dem Kanton wurde im Dezember 2006 eine kantonale Zielvereinbarung für Grossverbraucher über 91 Objektgruppen zur Reduktion des spezifischen Energieverbrauches über 15 Jahre vereinbart. Die massgebende Zielgrösse der Energieeffizienz für das Zieljahr 2021 beträgt 117%. Die Betriebsoptimierer wurden im Januar aktiv; sie haben schon viele Erfolge erzielt. Eine Gesamtübersicht wird nach der Auswertung aller Energiedaten der EGV im April 2008 vorliegen.

Die Hausdienst-Mitarbeitenden werden zu energetischen Fragen geschult. Zu diesem Zweck wurde ein Schulungsprogramm erarbeitet. Die erste Test-Schulung ist im Herbst 2007 durchgeführt worden. Ab Januar 2008 werden dann alle Hausdienst-Mitarbeitenden diese Schulung besuchen. Damit können auch sie ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft leisten. Weiter haben die Mitarbeitenden des Hausdienstes im Jahr 2007 verschiedene Kurse bei energho besucht. Energho ist ein Verein für Energiegrossverbraucher der öffentlichen Institutionen.

Die IMMO ersetzt laufend Hausgeräte. Dabei wird neben den Qualitätsnachweisen und dem Preis auch auf die Nachhaltigkeit beim Energieverbrauch geachtet. Mit dem Einsatz von energieeffizienten Hausgeräten wird ein aktiver Beitrag zum Legislaturziel Nachhaltigkeit geleistet. Die IMMO hat 54 Hausgeräte mit der Klassierung A++, 74 Hausgeräte mit der Klassierung A+ und 28 Hausgeräte mit der Klassierung A beschafft. Leider haben noch nicht alle Hausgeräte ein Energielabel oder A-Label einer Geräteklasse. Dies wird sich in den kommenden Jahren ändern.

### Neuanschaffung und Ersatz Hausgeräte 2007

(Stand November 2007)



Der Trend der Hersteller, in Zukunft immer noch effizientere Geräte anzubieten hält an und wird uns in Zukunft die Möglichkeit geben, alle Geräte aus der Klassierung «Top Ten» zu beziehen. Betreffend Raumtemperaturen in den IMMO-Liegenschaften wurde in Zusammenarbeit mit dem UGZ eine Information erarbeitet. Diese bezweckt, die Nutzer für ihren Beitrag zur Einhaltung der vorgegebenen Raumtemperaturen zu sensibilisieren.

### Stand Unternehmensentwicklung

Die Gründung der IMMO 2001 hatte den Zweck, ein professionelles Immobilien-Management aufzubauen. Parallel zum Tagesgeschäft lief auch im Berichtsjahr die Umsetzung dieses Entwicklungsplans. Leider konnten die ehrgeizigen Ziele aufgrund fehlender Kapazitäten nicht gemäss dem mehrjährigen Entwicklungsplan umgesetzt werden. Mit einem Review, anschliessender Priorisierung sowie Anpassungen im Terminplan wird sichergestellt, dass die wichtigsten Projekte weiterentwickelt werden.

Ein zentrales Element des Entwicklungsplans ist die computergestützte Gebäudebewirtschaftung. Zu Beginn des 2. Quartals begann die Datenerfassung für sämtliche bewirtschafteten Objekte/Gebäude. Ende 2007 sind 30% der

Objekte und Flächen im CAFM-Aperture nach geforderten Qualitätsanforderungen und CAFM-Richtlinie der IMMO verfügbar. Bis Ende 2008 werden etwa 2000 Objekte mit einer Fläche von 2,9 Millionen m<sup>2</sup> im CAFM-Aperture erfasst sein. Nach Abschluss der Erfassung, werden Aussagen und Kennzahlen zu den Flächen des Verwaltungsvermögens möglich sein. Sie weisen gegenüber der bisherigen Datenlage eine viel geringere Toleranz auf und erstrecken sich über alle bewirtschafteten Objekte.

### Projekte im Fachbereich Kunstsammlung

Im Fachbereich Kunstsammlung begann die Aufarbeitung des umfangreichen Inventars. Zwei Projekte sind abgeschlossen:

- Digitalisierung des Fotoarchivs: Das Scannen von Negativen und die Anbindung der Bilddaten in die Datenbank «Züri Art»;
- Wertvolle Kunstwerke: 2006 wurde festgestellt, dass ein sehr wertvolles Gemälde von Le Corbusier vermutlich gestohlen worden war. Darauf reagierte die Fachstelle Kunstsammlung umgehend mit der Überprüfung aller wertvollen Kunstwerke. Eine externe Kunsthistorikerin recherchierte die wertvollsten 700 Werke auf Standort und Zustand. Viele heute herausragende und bedeutende Werke konnten früher günstig angekauft werden. Weil die Ankaufswerte heute in keinem Verhältnis mehr zu den aktuellen Werten stehen, machte die Kunsthistorikerin auch eine Handelswert-Schätzung. Ihre Recherchen ergaben, dass der Gesamtwert der Kunstsammlung der Stadt Zürich bei rund 90 Mio. Franken liegt. Zwar sind weitere Verluste zu beklagen, jedoch kein weiterer in der Grössenordnung eines Le Corbusiers.

Mit dem Projekt «Wertvolle Kunstwerke» wurde gleichzeitig auch eine grosse Vorarbeit geleistet für das anstehende Projekt, das die Fachstelle Kunstsammlung die nächsten zwei, drei Jahre beschäftigen wird: Die Überprüfung und Aktualisierung der Standorte und Inventardaten aller rund 33 000 städtischen Kunstwerke.

### Telekommunikation/VoIP

Das Telekommunikations-Team der IMMO wurde per 1. Juli zur OIZ transferiert, dies im direkten Umfeld des Führungsmodells des Stadtrates.

Seit etwa zehn Jahren treiben die Grosskonzerne mit allen Kräften die Entwicklung der Telefonie via Internet (VoIP) voran. VoIP wird bereits sehr erfolgreich eingesetzt. Im Rahmen der Ersatzinvestition der grössten Telefonanlage der Stadt (im Amtshaus II) wurde die VoIP-Technologie nach GATT/WTO ausgeschrieben und vergeben. Die Technologie VoIP ist Bestandteil des Standard-IT-Arbeitsplatzes; sie wird die klassische Telefonie relativ schnell ablösen. Die klassische Technologie soll bis 2015 drastisch reduziert und somit die Betriebskosten um etwa 2 Mio. Franken pro Jahr reduziert werden. Die erste grosse Migration von 2200 Teilnehmenden auf die neue Telefonie-Gesamtlösung erfolgt 2008. Diese Einsparungen werden bei gleich bleibenden Systemverfügbarkeiten (Sicherheit) und bei erheblich höherer Konvergenz zwischen Sprache und Daten für Mobil- und Festnetz realisiert.

## 4.5 Amt für Baubewilligungen

### 4.5.1 Aufgaben

Das Amt für Baubewilligungen vollzieht die baupolizeilichen Vorschriften, Es erfüllt dabei insbesondere die Aufgaben der Bauberatung, Prüfung der Baugesuche mit Antragstellung an die Bausektion (örtliche Baubehörde, bestehend aus drei Mitgliedern des Stadtrates), Bearbeitung von Rechtsmittelgeschäften, Erteilung von baupolizeilichen Bewilligungen, Kontrolle der Bauausführung, Kontrolle der Aufzüge und Krane sowie Kontrolle der Sicherheit auf Bausstellen.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Die starke Bautätigkeit der vorangegangenen Jahre hat sich fortgesetzt. Die Zahl der Baubewilligungen vergrösserte sich nur noch um knapp 2% auf 3509, womit zum ersten Mal der Wert von 3500 überschritten wurde. Die Bauprojekte verteilen sich über das ganze Stadtgebiet; es sind keine eigentlichen Schwerpunktgebiete erkennbar.

Die grossen Wohnbauvorhaben der Baugenossenschaften werden vielfach als Ersatzneubauten mit dem Mittel der Arealüberbauung erstellt. Das führt teilweise zu kontrovers diskutierten Höhengsprüngen im Vergleich zum Umfeld.

Die Auskunftstätigkeit der Kreisarchitektinnen und -architekten erhielt neben der persönlichen Sprechstunde mit der elektronischen Kommunikation einen neuen Schwerpunkt.

Der langjährige Direktor Leo Durrer geht per Ende März 2008 in Pension. Zur neuen Direktorin hat der Stadtrat im November Drazenka Dragila gewählt.

### Abteilung Baubewilligungen

Die personellen Ressourcen konnten um zwei Stellenwerte erhöht werden. Das soll die konstante Überbelastung der Mitarbeitenden etwas mildern. Das EDV-Projekt BAGE, das 2007 eingeführt werden sollte, erlitt bei der technischen Umsetzung Terminverzögerungen; es kann das bisherige System frühestens im Sommer 2008 ablösen.

### Abteilung Baukontrolle

Der bisherige Leiter trat von seiner Funktion zurück; er wurde intern durch Marcel Gmür ersetzt. Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag bei der Ausführungskontrolle der im Bau befindlichen Objekte; dementsprechend mussten die periodischen Arbeits- und Sicherheitskontrollen geringfügig reduziert werden. Gegenüber dem Vorjahr ereigneten sich etwa 25% weniger Bauunfälle. Leider kam es zu zwei unfallbedingten Todesfällen. Die von der Baukontrolle angebotene Beratung bezüglich Kinder- und Absturzsicherheit wurde rege in Anspruch genommen.

### Abteilung für Aufzugsanlagen

Die Zahl der Projektbewilligungen ging gegenüber dem absoluten Rekordjahr 2006 etwas zurück, dafür stieg die Zahl der damit verbundenen Ausführungskontrollen. Wiederum war die Beratung sehr gefragt. Das hängt mit der zunehmenden Komplexität und Innovation bei den Produkten und Bauprojekten zusammen sowie mit den von der EU beeinflussten Sicherheitsanforderungen; dies auch hinsichtlich der Sicherheit bestehender Aufzugsanlagen. Die neu auf die Inspektionsstelle beschränkte Reakkreditierung wurde erfolgreich bestanden. Gegenüber dem Vorjahr gingen weniger Unfallmeldungen ein. Es mussten jedoch bei der periodischen Aufzugskontrolle wesentlich mehr Sofortmassnahmen angeordnet werden.

### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

#### Baurechtliche Entscheide\*

	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Entscheide der Bausektion des Stadtrates oder des Amtes für Baubewilligungen</b>	<b>3091</b>	<b>3431</b>	<b>3244</b>	<b>3454</b>	<b>3509</b>
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren (OdV LV/SV) und im Anzeigeverfahren mit Auflagen (AZE)	1 657	1 815	1 705	1 751	1 703
Bewilligungen im Anzeigeverfahren ohne Auflagen (AZS)	1 290	1 486	1 401	1 578	1 654
Teilweise Bewilligungen	52	53	61	53	68
Verweigerungen	39	39	29	35	42
Nichteintreten	6	0	4	3	8
Befehle	3	4	8	4	9
Vorentscheide	18	14	13	4	6
Wiedererwägungen-Nichteintreten	8	8	10	10	1
Diverse	18	12	13	16	17
<b>Rechtsmittelverfahren</b>	<b>213</b>	<b>214</b>	<b>225</b>	<b>205</b>	<b>222</b>
Vernehmlassungen					
– an die Baurekurskommission I	179	172	172	163	166
– an das Verwaltungsgericht	21	34	26	33	28
– an das Bundesgericht	4	3	13	3	25
– an Diverse	8	4	11	6	2
Beschwerden					
– an das Verwaltungsgericht	1	1	1	0	1
– an das Bundesgericht	0	0	2	0	0
– an Diverse	0	0	0	0	0

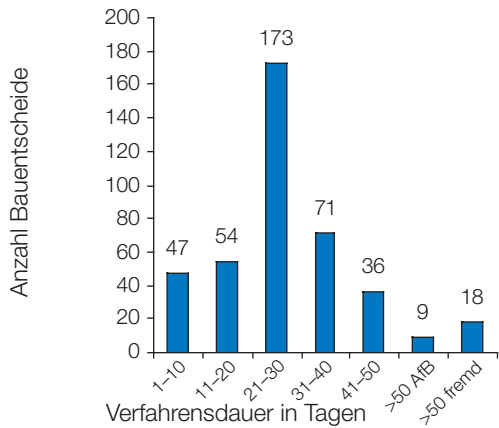
\* Entscheide bezüglich Aussenreklamen siehe Amt für Städtebau  
 Vollzug Teilmassnahmeplan Feuerungen siehe Amt für Gesundheit und Umwelt  
 Vollzug von Schallschutzmassnahmen siehe Amt für Hochbauten

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Die Zahl der Bauentscheide verharrt auf hohem Niveau. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals – jedoch nur geringfügig – erhöht und übersteigt nun zum ersten Mal die 3500er-Marke. Die Rechtsmittelverfahren erreichen nach einem Anstieg von 8% wieder annähernd den Wert des Jahres 2005.

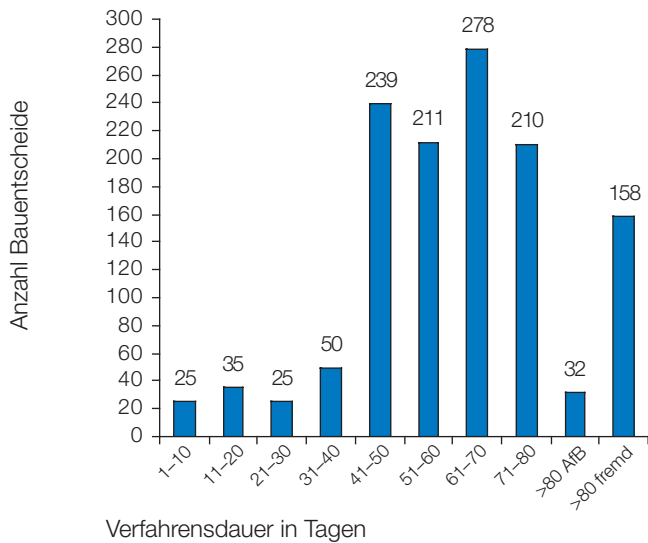
## Einhalten der Fristen im Jahr 2007 bei den Baubewilligungsverfahren\*

### Anzeigeverfahren mit Entscheid, gesetzliche Frist = 50 Tage



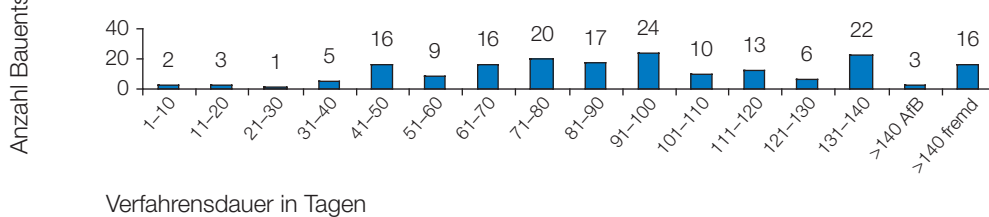
Von den total 408 Gesuchen wurde die Fristüberschreitung in 9 Fällen (2,2%) vom AfB verursacht

### Ordentliches Verfahren schnell, gesetzliche Frist = 80 Tage



Von den total 1263 Gesuchen wurde die Fristüberschreitung in 32 Fällen (2,5%) vom AfB verursacht

### Ordentliches Verfahren lang, gesetzliche Frist = 140 Tage



Von den total 184 Gesuchen wurde die Fristüberschreitung in 3 Fällen (1,6%) vom AfB verursacht

\*Enthält die Beschlüsse der Tabelle 1 ohne «Wiedererwägungen-Nichteintreten»

## Baukontrolle

	2003	2004	2005	2006	2007
Kontrollierte Objekte des Hoch- und Tiefbaus	1 958	1 947	2 127	2 184	1 390
Kontrollbesuche	8 238	8 797	10 039	10 005	8 444
Unfälle	35	46	41	46	34
– Verletzte	34	41	37	45	34
– Tote	1	0	1	1	2

### Kommentar zu den Kennzahlen

Im diesem Jahr verringerte sich die Anzahl der kontrollierten Objekte so wie der Kontrollbesuche aus folgenden Gründen:

- Wegen vermehrter und aufwändigerer baurechtlicher Kontrollen konnten weniger Kontrollen im Bereich der Arbeits- und öffentlichen Sicherheit durchgeführt werden.
- Die Ressourcen der Abteilung Baukontrolle waren wegen einer halbjährigen Vakanz reduziert.

- In den Zahlen 2007 sind nur noch die effektiven Kontrollbesuche enthalten, d.h. administrative Aufwendungen wurden nicht mehr wie in früheren Jahren dazu gezählt.
- Obwohl nach wie vor ein grosser Konkurrenzkampf herrscht und die Bauzeiten immer kürzer werden, darf zur Kenntnis genommen werden, dass sich die gemeldeten Bauunfälle gegenüber den Vorjahren recht stark reduzierten.

## Aufzugsanlagen

	2003	2004	2005	2006	2007
Projektbewilligungen (total)	600	580	699	736	582
– Personenaufzüge	472	439	576	576	430
– Lasten- und Kleingüteraufzüge	64	70	57	72	61
– Spezialfördereinrichtungen	64	71	66	88	91
Einzelprüfungen, Entwurfsprüfungen, Endabnahmen als akkreditierte Stelle (Seco/SAS; ISO 9001)	97	188	83	52	72
Montagekontrollen	9	8	1	14	11
Ausführungskontrollen Neu- und Umbauten	537	671	668	636	834
Nachkontrollen beanstandeter Anlagen	1 646	2 070	2 088	2 146	2 429
Periodische Kontrollen bestehender Anlagen	1 215	1 294	1 069	1 103	1 302
Verfügungen	0	0	2	0	0
Augenscheine	247	187	172	152	160
Lifteinsätze (insbes. Personenbefreiungen Schutz und Rettung)	200	170	176	177	163
Unfälle (gemeldet und durch AfB-AA abgeklärt)	0	0	2	5	2
– Verletzte	0	0	1	5	2
– Tote	0	0	1	0	0

### Kommentar zu den Kennzahlen

Die Zahl der Projektbewilligungen nahm gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 % ab. Bei den Ausführungskontrollen bewirkte die starke Kumulation fertig gestellter Beförderungsanlagen eine Zunahme um gut 30 %. Um 38 % zugenommen

haben die Aufträge im akkreditierten Bereich. Die Teamverstärkung im Bereich der periodischen Kontrolle erlaubte eine Zunahme der entsprechenden Kontrollen um 18 %. Auch die Zahl der Nachkontrollen beanstandeter Anlagen konnte um gut 13 % erhöht werden.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2007)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

VI	21.03.2001	Initiativkomitee Obere Weinegg
2001/000848	16.05.2001	Rettet die Obere Weinegg
2001/000158		

*In die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Die Überbauung im Gebiet «Obere Weinegg» unterliegt der Gestaltungsplanpflicht zwecks Erhaltung der Kulturlandschaft und des Ökonomiegebäudes (Planausschnitt auf der Rückseite).*

Der Stadtrat hat mit Weisung 93 vom 26. März 2003 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Volksinitiative «Rettet die Obere Weinegg» abzulehnen. Die Weisung wurde der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

VI	30.11.2006	Initiativkomitee «Pro Patumbah-Park und Eeva Ruoff»
2006/000809	20.12.2006	Pro Patumbah-Park, Nördlicher Teil – Parzelle 2440, Schutz und Erhaltung
2006/000537		

*Der nördliche Teil des Patumbah-Parks, Parzelle 2440, ist zwecks Schutz und Erhaltung der Anlage in ihrer Gesamtheit umgehend der Freihaltezone zuzuweisen.*



## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2007)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

MOT	21.09.1994	Kammerer Bruno
1994/002966	17.04.1996	Helvetiaplatz, Neugestaltung
1994/000408		

*Ich ersuche den Stadtrat, nach Abschluss der Bauarbeiten in der Langstrasse und einer nachfolgenden Analyse über die Auswirkungen im Quartier, dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage für die Neugestaltung des Helvetiaplatzes vorzulegen. Das Projekt umfasst den Raum Kanzleiareal-Volkshaus-Amtshaus Molkenstrasse-Kollerhof. Diese Vorlage verbindet städtebaulich-funktionelle und räumliche Aspekte mit erweiterten sozialen Nutzungsmöglichkeiten sowie mit der Verkehrsführung und Parkierung. Ziel ist es, der Langstrasse einen urbanen Kreis-4-Charakterkopf zu geben und das gebeutelte Quartier wieder ein bisschen mehr Selbstverständnis finden zu lassen.*

Am 1.11.2006 hat der Gemeinderat dem Rückweisungsantrag der Spezialkommission Verkehr zugestimmt. Damit wird der Stadtrat beauftragt, die Weisung 45, GR Nr. 1994/40, so zu überarbeiten, dass die städtebaulichen Anliegen der Motion bei der Neunutzung (insbesondere des Erdgeschosses) des Amtshauses Helvetiaplatz erfüllt und die Vorgaben des kommunalen Verkehrsplans umgesetzt werden. Zwischenzeitlich wurde eine vertiefte Überprüfung unter Einbezug der städtebaulichen Aspekte durchgeführt. Gestützt darauf wird der Stadtrat dem Gemeinderat voraussichtlich im Jahre 2008 eine Vorlage unterbreiten.

POS	09.05.1995	Kommission Raumbewirtschaftung
1995/001362	07.06.1995	Raumbedarf, Mitteilung von Veränderungen
1995/000154		

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat bzw. der RPK und GPK des Gemeinderates zusammen mit dem Voranschlag jeweils die Vermehrung bzw. Verminderung des Raumbedarfs geordnet nach Dienstabteilungen für das vergangene Jahr sowie fortschreitend die Veränderung des Raumbedarfs pro Dienstabteilung beginnend ab 1995 vorzulegen.*

Die Immobilien-Bewirtschaftung konnte anfangs 2. Quartal 2007 mit der Datenerfassung sämtlicher bewirtschafteter Objekte/Gebäude beginnen. Bis Ende 2007 werden gemäss Terminplan 30 Prozent der Objekte und Flächen im CAFM-Aperture nach den geforderten Qualitätsanforderungen und CAFM-Richtlinie der Immobilien-Bewirtschaftung verfügbar sein. Im gesamten werden etwa 2000 Objekte mit einer Fläche von 2,9 Millionen m<sup>2</sup> im CAFM-Aperture bis Ende 2008 erfasst sein.

POS	15.03.2000	Maissen Placid und 6 Mitunterzeichnende
2000/000535	22.11.2000	Schlachthofareal, Nutzungskonzept
2000/000122		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein quartierverträgliches Nutzungs-Konzept für das Gelände des Schlachthofareals unterbreitet werden kann.*

Die Anlagen auf dem Schlachthofareal werden von der Stadt Zürich (UGZ) an die Schlachtbetriebe vermietet. Die Centravo AG hat die für die Geruchsemissionen verantwortlichen Arbeitsabläufe (Verbrennung von tierischen Fetten) nach Lyss ausgelagert und wird ganz vom Areal wegziehen. Verhandlungen mit der Stadt Zürich über den Verkauf des Grundstücks laufen. Die Mietverträge mit den übrigen BetreiberInnen bestehen längstens bis 2013. Ab diesem Zeitpunkt ist die Zukunft des Areals offen. Im Rahmen des AfS-Workshopverfahrens «Gebietsentwicklung Letzi» wurden im Sommer 2004 Entwicklungspotenziale bezüglich Städtebau, Freiraum, Nutzung und Denkmalpflege untersucht. Dabei resultierten folgende Grundsätze: Das Schlachthofareal soll sich dem Quartier gegenüber öffnen und zugänglich gemacht werden. Der Schaffung von öffentlichen, flexibel nutzbaren Freiräumen für das diesbezüglich unterversorgte Quartier wird grosse Beachtung geschenkt. Der Zürcher Schlachthof erfüllt als einziger Schlachtbetrieb in der Schweiz die Euro-Normen und gilt als hygienisch einwandfreier und erfolgreicher Betrieb. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen einer nachhaltigen Gebietsentwicklung wird der Verbleib des Schlachtbetriebs auf dem Areal ernsthaft geprüft. Dabei könnte sich der Schlachtbetrieb in den Kernbereich der Anlage zurückziehen und Randbereiche im Süden und Westen öffentlichen Quartiernutzungen zugänglich gemacht werden. Diesbezügliche strategische Entscheide und Investitionspläne werden rechtzeitig vor Ablauf der Mietverträge Ende 2012 gefällt.

Die Entwicklung des Areals soll in Übereinstimmung mit den übergeordneten Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung im gesamten Letzigebiet erfolgen.

MOT	22.03.2000	Schönbächler Robert und Bögle Heinz
2000/000580	15.09.2004	Schütze-Areal, Bau eines Schulhauses
2000/000129		

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Schulhauses auf dem Schütze-Areal zu unterbreiten. Für die Bedürfnisse der Fahrenden ist Realersatz zu schaffen.*

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 835/2007 wurde dem Gemeinderat beantragt, die Frist zur Erfüllung dieser Motion nochmals bis Ende 2009 zu verlängern. Der Gemeinderat stimmte dieser Fristerstreckung am 22. August 2007 zu.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/002188 2002/000485	08.02.2002 13.11.2002	Bachmann Hans Gebiet Güterbahnhof/SBB-Betriebswerkstätte, Planungsvorlage für eine städtebauliche Aufwertung

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Planungsvorlage sowie dazugehörige Kreditanträge für die städtebauliche Aufwertung des Gebietes Güterbahnhof, SBB-Betriebswerkstätte inklusive Schlachthofareal vorzulegen, in der Absicht, dass in diesem für den Stadtkreis 4 wichtigen Teil, nebst den vom Kanton vorgesehenen Justizbauten (u. a. Untersuchungs- und Bezirksgefängnis), auch neue Nutzungen für Dienstleistungen und insbesondere auch für das Wohnen vorzusehen sind, wozu auch geänderte Verkehrserschliessungen (u. a. Westtangente im Bereich Hohlstrasse) einzubeziehen ist.*

Auf dem Areal des Güterbahnhofs soll das künftige Polizei- und Justizzentrum (PJZ) des Kantons realisiert werden. Zuständig ist die Baudirektion des Kantons Zürich. Die Projektleitung obliegt dem kantonalen Hochbauamt. Für die Projektentwicklung wurde ein mehrstufiges Verfahren gewählt. Basierend auf den städtebaulichen und verkehrsplanerischen Erkenntnissen eines Workshopverfahrens mit vier eingeladenen Planungsteams wurde 2005 ein Gestaltungsplan ausgearbeitet. Dieser bildete die Grundlage für einen Projektwettbewerb der 2005/2006 durchgeführt wurde. Der Projektwettbewerb wurde im Frühling 2006 entschieden. Aktuell läuft die Projektentwicklung.

Das Areal der SBB-Betriebswerkstätten hat aus Sicht der SBB das Potenzial, längerfristig wenigstens teilweise für die Stadtentwicklung zur Verfügung zu stehen. Eine Umnutzung mit örtlichen Verdichtungen der SBB Betriebswerkstätten ist abhängig von bahnbetrieblichen Entscheidungen der SBB. Im Hinblick auf eine künftige, schrittweise Umnutzung haben das Amt für Städtebau mit verschiedenen städtischen Stellen und die SBB in einer ersten Studie mögliche städtebauliche Ansätze diskutiert und festgehalten. Eine Vertiefung ist jedoch erst nach oben genannten Entscheidungen der SBB sinnvoll.

Die Anlagen auf dem Schlachthofareal werden von der Stadt Zürich (durch die UGZ) an die Schlachtbetriebe vermietet. Die Centravo AG hat die für die Geruchsemissionen verantwortlichen Arbeitsabläufe (Verbrennung von tierischen Fetten) nach Lyss ausgelagert und wird ganz vom Areal wegziehen. Die Mietverträge mit den übrigen BetreiberInnen bestehen längstens bis 2013. Ab diesem Zeitpunkt ist die Zukunft des Areals offen. Im Rahmen des AfS-Workshopverfahrens «Gebietsentwicklung Letzi» wurden im Sommer 2004 Entwicklungspotenziale bezüglich Städtebau, Freiraum, Nutzung und Denkmalpflege untersucht. Dabei resultierten folgende Grundsätze: Das Schlachthofareal soll sich dem Quartier gegenüber öffnen. Der Schaffung von öffentlichen, flexibel nutzbaren Freiräumen für das diesbezüglich unterversorgte Quartier wird grosse Beachtung geschenkt. Der Zürcher Schlachthof erfüllt als einziger Schlachtbetrieb in der Schweiz die Euro-Normen und gilt als hygienisch einwandfreier und erfolgreicher Betrieb. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen einer nachhaltigen Gebietsentwicklung wird der Verbleib des Schlachtbetriebs auf dem Areal ernsthaft geprüft. Dabei könnte sich der Schlachtbetrieb in den Kernbereich der Anlage zurückziehen und Randbereiche im Süden und Westen könnten öffentlichen Quartiernutzungen zugänglich gemacht werden. Diesbezügliche strategische Entscheide und Investitionspläne werden rechtzeitig vor Ablauf der Mietverträge Ende 2012 gefällt.

POS 2002/000662 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die städtebauliche Situation zwischen Bahnhofbrücke und Mühlesteig, anstelle der provisorischen Bauten (früheres Globus-Provisorium) verbessert werden kann.*

2003/2004 führte eine private Trägerschaft (I-Catcher GmbH) unterstützt vom Amt für Städtebau, Lignum, dem Stahlzentrum Schweiz SZS, SIA, ETH und dem Hochbauamt des Kantons Zürich einen Ideenwettbewerb mit elf internationalen Planungsteams durch, darunter auch internationale. Daraus entstanden fünf Vorschläge für das Papierwerd-Areal (Bahnhofbrücke/Mühlesteig) und sechs für den Bürkliplatz. Zurzeit besteht weder von Seiten des Kantons noch von Seiten der Stadt für diese Stelle ein konkretes Nutzungsbedürfnis. Die öffentliche Hand hat zu diesem frühen Zeitpunkt deshalb noch keine weiteren Aufträge erteilt und kein Geld ausgegeben.

Dem Kernanliegen des Postulats (Durchführung eines Ideenwettbewerbs) konnte von Seiten der Stadt in diesem Fall auf sehr effiziente Weise entsprochen werden. Die Chancen und Möglichkeiten die ein solches Verfahren bietet, konnten voll und ganz wahrgenommen werden. Die Projekte sind wertvolle Beiträge um die Diskussion zu fördern. Sie zeigen gut, welche Möglichkeiten entstehen, wenn das Spektrum weit geöffnet wird. Städtebau und Architektur allein reichen aber nicht aus, wenn der spezifische Ort dereinst mit neuem (anderem) Leben erfüllt werden soll. Die Vorschläge zeigen gerade auch die grundsätzliche Problematik der Projektentwicklung auf, wenn keine konkreten Nutzungsbedürfnisse bzw. auch keine Bau-trägerschaft/Bauherrschaft als unabdingbares Gegenüber vorhanden sind.

POS 2003/002733 2003/000460	03.12.2003 17.12.2003	Reimann Beatrice Kasernenareal, Zwischennutzung nachdem Auszug der kantonalen Behörden
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er raschmöglichst mit den zuständigen kantonalen Behörden Verhandlungen bezüglich einer Zwischennutzung des Kasernenareals, für den Zeitraum während und nach dem Auszug der kantonalen Polizei und Justiz, aufnehmen kann.*

Da die Realisierung des neuen PJZ – trotz leichter Verzögerung – immer näher rückt, wird der Stadtrat das Thema «Nutzung des Kasernen-Areals für den Zeitraum während und nach dem Auszug der kantonalen Polizei und Justiz» anlässlich der nächsten Aussprache mit dem Regierungsrat im Jahre 2008 traktandieren.

POS 2004/000931 2004/000288	02.06.2004 16.06.2004	Isele Christina und Kappeler Thomas Privater Gestaltungsplan «Tobelhof», Massnahmen gegen unberechtigtes Parkieren
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Umgebung des Weilers Tobelhof nach der Umsetzung des Privaten Gestaltungsplans Tobelhof (Weisung 193 vom 17. Dezember 2003) mit flankierenden Massnahmen das «wilde Parkieren» verhindert werden kann.*

Die Umsetzung des Gestaltungsplans steht noch aus, weshalb auch noch keine Aussagen über mögliche flankierende Massnahmen zur Verhinderung des «wildes Parkierens» gemacht werden können.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001114 2004/000338	30.06.2004 25.08.2004	Bachmann Hans Zeughäuser auf dem Kasernenareal, Verbesserung des äusseren Erscheinungsbildes

*Der Stadtrat wird gebeten, beim Kanton vorstellig zu werden, damit das äussere Erscheinungsbild der Zeughäuser auf dem Kasernenareal im Kreis 4 verbessert werden kann.*

Die Zeughäuser auf dem Kasernenareal im Kreis 4 sind seit Jahren Ziel von Graffiti-Sprayern. Die Wände einzelner Zeughäuser machen dementsprechend einen desolaten Eindruck. Die Stadt hat unter Leitung der städtischen Graffiti-Beauftragten mit dem Kanton Kontakt aufgenommen, um eine Verbesserung des Zustandes herbeizuführen. Soweit möglich und sinnvoll soll dabei auf die Erkenntnisse, Verfahren und die Vorgehensweise bei der Graffiti-Reinigung an Privatliegenschaften abgestellt werden. Im Zuge der Sanierung einzelner Zeughäuser wurden und werden auch die Fassaden instand gesetzt und gereinigt. Sanierte Gebäude werden laufend sauber gehalten. Mit privaten Unternehmen sind entsprechende Verträge für Anti-Graffiti-Arbeiten abgeschlossen worden. Für die noch nicht sanierten Gebäude sind noch Gespräche im Gange. Die Verhandlungen der städtischen Graffiti-Beauftragten (HBD/Immobilien-Bewirtschaftung) mit dem Kanton eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich Sanierungsumfang und Kostenbeteiligung der Stadt Zürich zu finden, konnten aus denkmalpflegerischen Gründen noch nicht abgeschlossen werden. Da das Sandstein-Mauerwerk der Zeughäuser offensichtlich in sehr schlechtem Zustand ist, wird seitens des Kantons eingewendet, die übliche Graffiti-Behandlung (Entfernung durch Neuanstrich und Versiegelung als Schutzmassnahme) sei unbehelflich. Das Gemäuer müsse umfassend saniert werden. Eine Bezifferung der möglichen Kosten durch den Kanton steht noch aus. Aus diesem Grund wird nochmals das Gespräch gesucht. Für eine Lösung hinderlich scheint ferner auch die Ungewissheit über die künftige Nutzung der Zeughäuser.

POS 2004/001431 2004/000473	08.09.2004 10.11.2004	Ceriani Pierino und 6 Mitunterzeichnende Planung, Stadtentwicklung und Architektur, Förderung des Dialogs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie kostenneutral an zentralem Ort in der Stadt, z. B. vis-a-vis Rathausbrücke, Le Corbusier Gebäude, Werdhaus Pavillon usw., eine Einrichtung geschaffen werden kann, die dazu dient, den Dialog zu Planung, Stadtentwicklung und Architektur zwischen der Bevölkerung, den Planenden, der Wissenschaft und der Verwaltung zu fördern und Informationen darüber zu vermitteln.*

Das Hochbaudepartement und das Präsidialdepartement prüfen derzeit in enger Zusammenarbeit die Schaffung eines Museums für Stadtentwicklung. Darin enthalten sein sollen nach ersten Ideen neben der Geschichte zur Stadt bzw. Stadtentwicklung auch ein «Stadtlabor», in dem zu aktuellen Planungen und künftigen Entwicklungen Dialogveranstaltungen durchgeführt werden können.

POS 2005/000128 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Neubau des Stadions Letzigrund die volle Leistung der projektierten Solarstromanlage bereits zu Beginn erstellt werden, und wie die über die Abnahmegarantie des EWZ von z.Z. 250 KWh dannzumal hinausgehende Strommenge von der Stadt abgenommen werden kann.*

Innerhalb der ausserordentlich knappen Zeit der Projektierung des Stadionneubaus war es nicht möglich, die vorgesehene Solarstromanlage anzupassen und zu erweitern. Eine Überprüfung und allfällige Umsetzung des Postulats steht frühestens 2009, nach dem Rückbau aller «EURO 2008-Einbauten», zur Diskussion.

POS 2005/000349 2005/000097	16.03.2005 13.09.2006	Virag Jansen Eva und Bucher Gregor Öffentliche Gebäude, Erlass eines generellen Rauchverbots
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Zürich (einschliesslich Schulanlagen) ein generelles Rauchverbot erlassen und durchgesetzt werden kann. Nach Möglichkeit sollen separate Raucherzimmer eingerichtet werden, welche die Nichtraucherinnen und Nichtraucher vollständig von den Immissionen schützt.*

POS 2005/000412 2005/000119	30.03.2005 13.09.2006	Leiser Albert und Rosenheim Monjek Anti-Graffiti, Vernetzung mit EAM-Programmen und privatem Malereigewerbe
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit die seit 2004 eingerichtete neue Stelle «Anti-Graffiti» im HBD zusammen mit den Personen des EAM-Programms «Schöns Zürich» und weiteren Amtstellen (z. B. Massnahmen «Aufwertung Langstrasse») mit dem privaten Malereigewerbe vernetzt werden können. Damit soll bezweckt werden, dass diese Personen mit dem Malergewerbe zusammenarbeiten oder Personen aus dem EAM durch das Malergewerbe angestellt werden, was grössere Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ergibt. Ob mit einem solchen Arbeitsangebot von EAM-Personen, angestellt beim privaten Malergewerbe, die Dienstleistungen der städtischen Stelle «Anti-Graffiti» auch auf private Liegenschaften ausgedehnt werden könnte, selbstverständlich gegen Verrechnung der Kosten.*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000406 2006/000386	30.03.2005 13.09.2006	Leiser Albert Bauordnung, Flexibilisierung des Wohnanteils bei selbst genutztem Eigentum

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Bestimmungen in der kommunalen Bauordnung zum Wohnanteil so flexibilisiert, dass die Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten während der Dauer des selbstgenutzten Eigentums erleichtert wird. Es ist in Art. 6 Abs. 4 BZO eine weitere Ausnahme für Eigentümer vorzusehen, die in ihren Gebäuden ein Handels-, Fabrikations-, Dienstleistungs- oder einen anderen von ihnen geführten Betrieb einrichten oder erweitern möchten.

MOT 2005/000475 2005/000137	13.04.2005 14.03.2007	Bucher Gregor und Danner Ernst Energiebedarf städtischer Liegenschaften, Rahmenkredit für die Deckung durch erneuerbare Energie
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die ein Konzept (mit Zeithorizont 2050) und zu dessen Realisierung einen ersten Rahmenkredit enthält, mit welchem bei sämtlichen der Stadt gehörenden und zugleich von ihr selber genutzten Liegenschaften die notwendigen Investitionen finanziert werden können, damit nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau sowie bei Neubauten der Energiebedarf (Heizung, Klima, Warmwasser, Elektrizität usw.) bis ins Jahr 2050 zu mindestens 90 Prozent durch erneuerbare Energie gedeckt werden kann. Sämtliche dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegenden Beschlüsse, die eine Gesamtrenovation, einen Um- oder Neubau städtischer und auch von der Stadt genutzter Liegenschaften zum Ziel haben, beinhalten den Nachweis einer nachhaltigen Energieverwendung.

POS 2005/000611 2005/000193	18.05.2005 28.11.2007	Bucher Gregor und Cerliani Pierino Submissionsverordnung, Bevorzugung von Anbietenden mit Lehrstellen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ab sofort, gestützt auf Paragraph 5 der Submissions-Verordnung, Anbieter bevorzugt, welche im angewendeten Umfang Lehrlinge ausbilden.

POS 2005/000612 2005/000194	18.05.2005 28.11.2007	Bucher Gregor und Leupi Daniel Jugendarbeitslosigkeit, Erstanstellung nach Lehrabschluss
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er in eigener Zuständigkeit Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern eine Erstanstellung als ausgebildete Fachperson im Umfang von jeweils mindestens einem Jahr ermöglichen kann.

POS 2006/000032 2005/000553	21.12.2005 18.01.2006	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Areal Im Forster, öffentliche Wegverbindung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird freundlich eingeladen, zu prüfen, ob in Absprache mit der Eigentümerschaft mit einer sinnvollen Wegverbindung durch das Areal «Im Forster» eine öffentliche Durchlässigkeit des Areals erreicht werden kann.

POS 2006/000314 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften allfällige Mehrausnutzungen und die entsprechenden «Planungsgewinne» aufgezeigt werden können. Dazu könnte ein Gutachten dienen, welches durch ein unabhängiges Büro ausgearbeitet wird.

POS 2006/000362 2006/000081	15.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Käppeli Hans Jörg Wohnanteil, Gutachten durch ein unabhängiges Büro
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der vorgeschlagene Wohnanteil bei Studienaufträgen, Wettbewerben, Gestaltungsplänen, Sonderbauvorschriften usw. durch ein unabhängiges Büro, hinsichtlich maximal und minimal möglichem Anteil durch ein Gutachten beurteilt wird. Insbesondere sind Lage, Wohnqualität, Chancen und Risiken für die Quartier- und Stadtentwicklung sowie sonstige Vor- und Nachteile auszuweisen.

POS 2006/000353 2006/000093	22.03.2006 02.11.2007	Reimann Beatrice und Schönbächler Robert Amtshaus Helvetiaplatz, Vermietung an Jungunternehmen und Kunstschaffende
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Räumlichkeiten des Amtshauses Helvetiaplatz, nach der vorübergehenden Unterbringung des Schul- und Sport- sowie des Präsidialdepartementes, an Jungunternehmen und Kunstschaffende zu günstigen Bedingungen vermietet werden können.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/000876 2006/000313	12.07.2006 30.08.2006	Stucker Rolf Bootsplätze, Überprüfung des neuen Konzepts für Vermietungen
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert, das in seiner Medienmitteilung vom 17. Mai 2006 vorgestellte neue Konzept für Bootsvermietungen im Bereiche des Corporate Design, den baulichen Massnahmen und Vorgaben also, dringlich neu zu überprüfen.</i>		
POS 2006/001238 2006/000484	08.11.2006 10.01.2007	Rosenheim Monjek Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Gebiet Binz im Stadtkreis 3 bezüglich Zuzug von zusätzlichen Firmen/KMU's und den damit verbundenen Arbeits- und Lehrstellen gefördert bzw. noch attraktiver gemacht werden kann. Hierbei wäre es insbesondere wünschenswert, wenn der Stadtrat in einem kurzen Bericht eine Auslegeordnung über vergangenes und geplantes seine Überlegungen konzeptionell darlegen würde.</i>		
MOT 2006/001359 2006/000558	06.12.2006 14.03.2007	Mauch Corine und Piller Bernhard Städtische Liegenschaften, Energiesparmassnahmen
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher sichergestellt wird, dass beim Neubau und bei umfassenden Bausanierungen von städtischen Liegenschaften (Verwaltungs- oder Finanzvermögen) mit dem Ziel einer hohen Gesamtenergieeffizienz weitgehende Energiesparmassnahmen zur Anwendung kommen. Die Energiesparmassnahmen sind soweit möglich gezielt mit Massnahmen zur Gewinnung von erneuerbaren Energien zu koppeln. In jedem Fall sind dabei Solarkollektoren zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung vorzusehen. Zu diesem Zweck können bei Bauprojekten aus einem Rahmenkredit bis maximal zwei Drittel der aufgrund von über die Vorgaben des Masterplans Energie hinaus gehenden baulichen und technischen Massnahmen effektiv anfallenden zusätzlichen Investitionskosten abgegolten werden. Die Massnahmen sollen über den Minergie-Standard hinaus gehen und nach Möglichkeit den Minergie-P-Standard anstreben. Dafür ist ein Rahmenkredit von achtzehn Millionen Franken bereit zu stellen.</i>		
POS 2007/000484 2007/000236	09.05.2007 30.05.2007	Rabelbauer-Pfiffner Claudia Schulanlagen, Überwachungsmassnahmen gegen Zerstörung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie mit gezielten Überwachungsmassnahmen die öffentlichen Schulanlagen der Stadt Zürich vor Zerstörung durch Vandalismus und Graffiti geschützt werden können.</i>		
MOT 2007/000596 2007/000298	30.05.2007 29.08.2007	CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Kongresshaus, Prüfung von alternativen Standorten
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Planungskredit von CHF 2 Mio. für die Erstellung eines neuen Kongresszentrums einschliesslich eines Kongresshotels im Stadtraum HB, auf dem Kasernenareal (oder allenfalls eines anderen Standortes) sowie der umfassenden Weiterentwicklung und/oder Umnutzung des frei werdenden bisherigen Kongresshauses beinhaltet.</i>		
MOT 2007/000652 2007/000345	13.06.2007 24.10.2007	SP-Fraktion Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich, energetische Anforderungen
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, mit der die Stadt Zürich im Rahmen einer Verordnung folgende energetischen Anforderungen an Bauten und Anlagen auf ihrem Gebiet verbindlich vorschreibt:</i>		
<i>Energetische Anforderungen an Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich</i>		
1. Bauten und Anlagen haben folgende, gegenüber den kantonalen Wärmedämmvorschriften verschärften energetischen Anforderungen zu erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neubauten: Zielwerte der Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)</li> <li>- Umbauten und Umnutzungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einzelbauteilanforderungen: Zielwerte gemäss Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)</li> <li>- Systemanforderungen: 60 Prozent der Grenzwerte für Umbauten und Umnutzungen gemäss SIA 380/1 (Ausgaben 2007)</li> </ul> </li> </ul>		
2. Der Höchstanteil nicht erneuerbarer Energien gemäss § 10a Energiegesetz, § 47a BBV I und Wärmedämmvorschriften der Baudirektion wird von 80 Prozent auf 50 Prozent reduziert. Die Standardlösungen gemäss Abschnitt II, Teil 2 D der kantonalen Wärmedämmvorschriften sind entsprechend anzupassen.		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000654 2007/000347	13.06.2007 24.10.2007	Nielsen Claudia und Dubs Marianne Energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten, Auszeichnung
<i>Der Stadtrat wird gebeten, eine Auszeichnung für besonders energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten zu schaffen, jährlich zu verleihen und durch geeignete Kommunikation öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. Die ausgezeichneten Bauten sollen aufzeigen, dass derartiges Bauen oder auch Sanieren interessant und attraktiv sein kann. Dabei ist eine möglichst umfassende Betrachtung zu wählen, die über die existierenden Labels hinausgeht.</i>		
MOT 2007/000656 2007/000349	13.06.2007 24.10.2007	AL-Fraktion Areal-Bonus Beanspruchung, Minergie-Standard als Bedingung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur Änderung der Bau- und Zonenordnung mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: Artikel 8 der BZO wird um folgenden Abs. 6 ergänzt: Wird der Areal-Bonus gemäss Abs. 5 beansprucht, müssen die Bauten mindestens den energetischen Werten des Minergie-Standards P entsprechen.</i>		
POS 2007/000756 2007/000383	04.07.2007 22.08.2007	Nikles Hans und Bürlimann Martin Stadtspital Triemli, Installation einer umweltfreundlichen Holzschnitzelheizung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Stadtspital Triemli eine umweltfreundliche Holzschnitzelheizung zu installieren.</i>		
POS 2007/000869 2007/000447	22.08.2007 19.09.2007	Grüne-Fraktion Stadtspital Triemli, Auswertung des Minergie-P-Standards
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erfahrungen mit dem Neubau Bettenhaus Stadtspital Triemli nach Minergie-P-Standard als Leuchtturmprojekt für das Legislaturziel «Nachhaltige Stadt Zürich» ausgewertet und für die nachhaltige Ausrichtung der gesamten Bautätigkeit der Stadt genutzt werden kann.</i>		
POS 2007/001282 2007/000637	06.12.2007 14.12.2007	Grüne-Fraktion, SP-Fraktion und AL-Fraktion Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung, Umsetzung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er mit Mitteln aus dem Konto «Sammelkonto Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung» die rasche Umsetzung zusätzlicher, über das kurzfristig Rentable hinaus reichender energetischer Massnahmen erreichen kann. Ein Schwerpunkt soll dabei bei den geplanten Gebäudesanierungen gesetzt werden.</i>		
POS 2007/001283 2007/000638	06.12.2007 14.12.2007	Angst Walter Zeitschrift «konstruktiv», Verzicht auf weitere Ausgaben
<i>Der Stadtrat wird gebeten, den Verzicht auf die Herausgabe einer zweiten Nummer der 2007 zum ersten Mal vom Hochbaudepartement herausgegebenen, von einer privaten Werbeagentur produzierten und mit Inseraten der Bauindustrie finanzierten Zeitschrift «konstruktiv» zu prüfen.</i>		
POS 2007/001287 2007/000642	06.12.2007 14.12.2007	Leupi Daniel und Tognella Roger Skater-Halle Bändlistrasse, Nutzung als günstiger Gewerberaum
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die geplante Skater-Halle an der Bändlistrasse hinter 74 in Zusammenarbeit mit der Stiftung PWG als günstiger Gewerberaum genutzt werden kann, wenn sie nicht mehr für die Skatenden benötigt wird.</i>		
POS 2007/001288 2007/000643	06.12.2007 19.12.2007	Schwyn Markus und Gut Susi Mobiltelefonantennen auf städtischen Liegenschaften, Mietzinsanhebung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Mietzinse für Handy-Antennen auf gemeindeeigenen Liegenschaften auf marktübliche Preise festgelegt werden können.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/004054 1975/000001	10.12.1975 28.04.1976	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende Kasernenareal, künftige Nutzung

*Nachdem die Stimmbürger des Kantons Zürich einer Verlegung des Waffenplatzes ins Reppischtal zugestimmt haben, wird der Stadtrat aufgefordert, dem Kanton gegenüber die Interessen der Stadt für die Nutzung des frei werdenden Kasernenareals nachdrücklich zu vertreten und insbesondere zu prüfen:*

*wie die Bevölkerung der Stadt und insbesondere der angrenzenden Quartiere an den Entscheidungsvorbereitungen und den Entscheidungen über die zukünftige Nutzung des Areals beteiligt werden kann;*

*wie die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Nutzungsbestimmungen massgeblich Einfluss nehmen kann;*

*ob und zu welchen Bedingungen allenfalls ein Erwerb des Areals durch die Stadt oder ein Abtausch erfolgen könnte.*

Anfangs Februar 1999 hat der Kantonsrat die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB einigten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei soll jetzt auch die Stadt Zürich mitreden, um zu entscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich beim Kanton dafür eingesetzt – und wird dies weiterhin tun – dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

Schon in den achtziger Jahren hat der Regierungsrat dem Stadtrat mehrfach die beiden Areale angeboten, teilweise zum Buchwert, aber auch zu Ausverkaufpreisen. Der Stadtrat hat jedes Mal dankend ablehnen müssen, da die Sanierung mit den vorgegebenen denkmalpflegerischen Auflagen eine Summe von 150 bis 200 Mio. Franken verschlungen hätte. Eine Nutzung, die nur einigermaßen einen Deckungsbeitrag an die jährlichen Kapitalkosten von bis zu 20 Mio. Franken zu erwirtschaften vermocht hätte, war damals nicht in Sicht und ist es auch heute nicht.

POS 1994/004059 1987/000023	09.12.1987 09.11.1988	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob es in der Situation um die vergangene und zukünftige Kasernenabstimmung der Sache nützlich wäre, mit dazu befähigten Personen eine Kommission zu bilden und diese zu beauftragen, ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept des Kasernenareals zu formulieren, welches Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich berücksichtigt und als gemeinsamer städtischer Beitrag der neuerlichen Entscheidungsfindung der kantonalen Behörden dienen kann.*

Anfangs Februar 1999 hat der Kantonsrat die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB einigten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei soll jetzt auch die Stadt Zürich mitreden, um zu entscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich beim Kanton dafür eingesetzt – und wird dies weiterhin tun – dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

POS 1994/004061 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept
-----------------------------------	--------------------------	---

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob er ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Kasernenareal formulieren will, welches die verschiedenen Bedürfnisse und Interessen in dieser Stadt zu einer gemeinsamen Position zusammenführt und als gesamtstädtische Äusserung in die Entscheidungsfindung um die Zukunft der Kaserne eingebracht werden kann.*

Anfangs Februar 1999 hat der Kantonsrat die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB einigten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei soll jetzt auch die Stadt Zürich mitreden, um zu entscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich beim Kanton dafür eingesetzt – und wird dies weiterhin tun – dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1995/002708 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach Jahren des Zweifels und Zauderns auf dem Kasernenareal wieder ein Schritt nach vorn möglich wird und die einmalige stadtgestalterische Chance zur Förderung der Urbanität im heutigen Niemandsland zwischen City und Kreis 4 endlich realisiert werden kann, indem*

*die Zeughäuser I bis V und der dazugehörige Hof von der Stadt zur Bewirtschaftung übernommen werden, um darin spezifische Quartiereinrichtungen sowie gesamtstädtische öffentliche und private Nutzungen zu ermöglichen, und die Kasernenwiese als grosszügiger innerstädtischer Park und Grünraum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.*

Anfangs Februar 1999 hat der Kantonsrat die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB einigten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidentsdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei soll jetzt auch die Stadt Zürich mitreden, um zu entscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich beim Kanton dafür eingesetzt – und wird dies weiterhin tun – dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

POS 1998/000196 1998/000034	15.01.1998 25.02.1998	VI Odeon Kommission Café Odeon, Ausbau
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, was er im Bereich seiner Möglichkeiten und im Rahmen des Spielraums von baurechtlichen Regelungen tun kann, um gemeinsam mit dem Eigentümer des Cafés Odeon in prospektiver Zusammenarbeit Wege für einen möglichen Ausbau des «Grand Cafés Odeon» in einer repräsentativen Grösse zu finden.*

*Aufgrund der massgebenden kulturellen und gesellschaftlichen Bedeutung eines solchen Lokals an Zürichs feinsten Adresse am Bellevue sowie seinem ausserordentlichen öffentlichen Interesse sollen grosszügige Nutzungsmöglichkeiten inner- und ausserhalb der Liegenschaft geprüft und gewährt werden:*

- im Obergeschoss
- im Parterre
- im Souterrain
- Im Freien

*Der Ausbau soll eine zeitgemässe und wirtschaftlich erfolgreiche Betriebsführung gewährleisten.*

*Für eine mögliche Beteiligung von weiteren Kreisen an Finanzierung und Betriebsführung soll der Stadtrat als politische Behörde seine guten Dienste anbieten.*

Der Stadtrat ist bereit, den baurechtlichen Spielraum bei der Beratung und Beurteilung eines konkreten Projektes zu nutzen, um dem Anliegen des Postulates zum Durchbruch zu verhelfen. Er ist auch gewillt, seine guten Dienste im Sinne des Postulates anzubieten, sobald Anzeichen für eine mögliche Veränderung der bestehenden Nutzungsverhältnisse sichtbar sind. Solche Anzeichen waren indessen bis heute nicht festzustellen.

POS 1998/001897 1998/000344	28.10.1998 13.01.1999	Zimmerling Enkelmann Anita und Bucher Judith Kasernenareal, Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung und Auflösung des Polizeigefängnisses
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Kanton das Kasernenareal einschliesslich Zeughäuser einer gesamtstädtischen Nutzung zugeführt werden kann und das Provisorium für das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese schnellstmöglich aufgelöst werden kann.*

Anfangs Februar 1999 hat der Kantonsrat die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB einigten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidentsdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei soll jetzt auch die Stadt Zürich mitreden, um zu entscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich beim Kanton dafür eingesetzt – und wird dies weiterhin tun – dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

POS 1999/001296 1999/000334	14.07.1999 15.09.1999	Bischoff Markus und Dettli Reto Stadion Hardturm, Miteinbezug der Bevölkerung in die Planung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen, bei der Planung und Projektierung des zukünftigen Stadions Hardturm die betroffene Bevölkerung so früh als möglich miteinzubeziehen.*

Mit der Volksabstimmung über den Gestaltungsplan und den Kreditbeschluss zur Abtretung der städtischen Areale hatte die gesamte Bevölkerung Gelegenheit, sich zum Stadionvorhaben zu äussern.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002075 2001/000532	31.10.2001 07.11.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gebiet des neuen Fussballstadions, Änderung des festgelegten Wohnanteils

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie der in den Sonderbauvorschriften der Weisung 393 festgelegte Wohnanteil von 30 Prozent im Gebiet des neuen Fussballstadions FIFA zu mindestens zwei Dritteln als eigentliche Wohnnutzung und nicht als Hotelnutzung realisiert werden kann.*

Im Rahmen einer kooperativen Entwicklungsplanung ist für das von der Wohnanteilsfestlegung betroffene Areal ein Leitbild und gestützt darauf der private Gestaltungsplan Hardturm-Areal erarbeitet worden. Der Stadtrat hat dem Gestaltungsplan am 7. Dezember 2005 zugestimmt. Gemäss diesem Gestaltungsplan ist im Endausbau ein Wohnanteil von 44 Prozent vorgeschrieben. Aufgrund der kooperativen Planung und nach den heutigen Vorstellungen soll der erforderliche Wohnanteil primär durch eigentliche Wohnnutzungen erfüllt werden. Eine Hotelnutzung steht nicht im Vordergrund, obschon eine solche den gesetzlichen Anforderungen genügen würde.

POS 2003/001530 2003/000189	26.06.2002 04.06.2003	Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion Fussball, Realisierung von neuen Spielplätzen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, damit die Erstellung von sechs bis acht zusätzlichen Fussballfeldern für den Breitensport bis spätestens Ende 2007 realisiert werden kann.*

3 zusätzliche Kunstrasenplätze neuester Generation sind auf den Sportanlagen Juchhof 1 und 2 im Betrieb. Mit der Neugestaltung der Sportanlage Heerenschürli (Baubeginn im Juli 2008) wird ein zusätzlicher Kunstrasenplatz gewonnen und werden 4 bestehende Plätze ebenfalls in Kunstrasenplätze neuester Generation umgebaut. In den nächsten Jahren werden zudem zahlreiche alte Kunstrasenplätze durch Kunstrasenplätze neuester Generation ersetzt. Zusätzliche Plätze sind aus unterschiedlichen Gründen kurz- bis mittelfristig nicht realisierbar, doch hat gesamthaft die Nutzungskapazität mit den neuen Kunstrasenplätzen erheblich zugenommen.

Das Postulat ist somit weitestgehend erfüllt und kann abgeschlossen werden.

POS 2004/000459 2004/000104	03.03.2004 07.06.2006	Nagel Ueli und Furter Willy UMTS-Mobilfunkantennen, Abklärung von Gesundheitsfolgen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie er beim Erteilen von Bewilligungen von neuen UMTS-Mobilfunkantennen, bzw. die Aufrüstung bestehender Antennen für die neue UMTS-Norm – in Absprache mit den zuständigen Bundesstellen – ein Moratorium bis zur genaueren Abklärung der gesundheitlichen Folgen, mindestens aber bis Ende 2005, einhalten kann. Dabei soll er insbesondere durch Verhandlungen mit den Mobilfunkanbietern eine Vereinbarungslösung anstreben.*

Die Stadt Zürich versuchte bereits Ende der 90er-Jahre, die Mobilfunkbetreiberfirmen auf vertraglichem Weg zur Einhaltung von im Vergleich zur NISV (Verordnung zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung) tieferen Grenzwerten zu bewegen. Nicht zuletzt wegen der befürchteten Signalwirkung liessen sich die Betreiberfirmen darauf jedoch nicht ein. Eine Vereinbarungslösung hat deshalb keine Chance.

Das Bundesgericht hat wiederholt festgehalten, dass die gemäss NISV einzuhaltenden Anlagegrenzwerte die vorsorgliche Emissionsbegrenzung abschliessend regeln und die Bewilligungsbehörden nicht befugt sind, im Einzelfall von den Betreiberfirmen eine weitergehende Begrenzung zu verlangen. Entsprechend kann die Bewilligungsbehörde kein Moratorium verhängen. Sind die bundesrechtlich festgelegten Grenzwerte eingehalten, muss die Baubehörde die Baubewilligung erteilen. Sollte sich als Folge von seriösen wissenschaftlichen Studien zeigen, dass die Grenzwerte zu hoch angesetzt sind, ist es Aufgabe der Bundesbehörden, die Grenzwerte zu senken und Regelungen betreffend Sanierung der erstellten Anlagen zu treffen.

POS 2004/001464 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie der Spielraum gemäss kantonaler Submissionsverordnung bei der Vergabe von städtischen Aufträgen zugunsten der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen genutzt werden kann.*

Die Stadt Zürich untersteht wie alle kommunalen Vergabestellen dem übergeordneten kantonalen Recht. Sie ist gemäss den Allgemeinen Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und der Submissionsverordnung zur Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung verpflichtet. Im Rahmen der möglichen Verfahrensarten, d. h. im Freihändigen- und Einladungsverfahren werden aber hauptsächlich die kleinen und mittleren lokalen Unternehmen, auch im Sinne volkswirtschaftlicher Überlegungen, bei Vergaben berücksichtigt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001702 2004/000580	10.11.2004 23.03.2005	Zimmermann Markus und Kuhn Rolf ETH Hönggerberg (Science City), Erstellung von Null-Energie-Gebäuden

*Der Stadtrat wird gebeten, bei der Bauherrschaft von Science City – der Eidgenössischen Technischen Hochschule – darauf hinzuwirken, dass möglichst viele der geplanten Neubauten auf dem Hönggerberg als Null-Energie-Gebäude erstellt werden.*

Im Rahmen der Beratungen der Spezialkommission HBD/SE wurde für den Heizenergiebedarf für Wohnbauten verbindlich der Minergie-Plus-Standard festgelegt. Die übrigen Bauten haben die um zehn Prozent reduzierten Werte der Wärmedämmvorschriften der kantonalen Baudirektion einzuhalten. Die Sonderbauvorschriften wurden per 27. Oktober 2007 in Kraft gesetzt. Bei den Abklärungen zu den verlangten «Null-Energie-Gebäuden» wurde klar, dass einerseits dazu keine verbindlichen Normen bestehen und eigentliche Gebäude ohne jeglichen Energieverbrauch nicht möglich sind (auch wenn sie oft als solche bezeichnet werden). Zudem bestehen auf dem Hönggerberg gewisse Bauten für die Lehre und Forschung, die aus ihrer Funktion heraus (Labors für die Physik usw.) durchaus Energie benötigen. Es kann insgesamt aber davon ausgegangen werden, dass die ETH selber daran interessiert sind, den Energieverbrauch auf das notwendige Minimum zu reduzieren.

POS 2004/001703 2004/000581	10.11.2004 23.03.2005	Cerliani Pierino und 9 Mitunterzeichnende ETH Hönggerberg (Science City), Gesamtverkehrsplanung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie er bei der Ausarbeitung der Sondernutzungsinstrumente für die ETH Hönggerberg (Science-City) das in seiner Macht stehende unternehmen kann, damit der Gesamtverkehr von und zu der peripher gelegenen ETH Hönggerberg nicht zu-, oder doch zumindest der Anteil der mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zurückgelegten Fahrten nicht abnimmt.*

Im Rahmen der Sonderbauvorschriften für die ETH Hönggerberg wurde die zulässige Parkplatzzahl sehr stark reduziert. Zudem ist ein restriktives Fahrmodell festgesetzt worden. Die Sonderbauvorschriften wurden per 27. Oktober 2007 in Kraft gesetzt.

POS 2005/000103 2005/000015	19.01.2005 09.02.2005	Schweizerische Volkspartei Fraktion Privater Gestaltungsplan «Stadion Zürich», Anpassung gemäss Bundesgerichtsentscheid
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf dem schnellsten Weg die notwendige Anpassung des Gestaltungsplanes zum Stadion Zürich erfolgen kann.*

Der Stadtrat hat die erforderlichen Anpassungen umgehend vorgenommen und den entsprechend geänderten privaten Gestaltungsplan «Stadion Zürich» nach dessen Genehmigung durch die Baudirektion auf den 23. April 2005 in Kraft gesetzt. Das Postulat ist somit vollumfänglich erfüllt und kann als erledigt abgeschrieben werden.

POS 2005/000174 2005/000032	02.02.2005 02.03.2005	Di Concilio Salvatore Stadion Zürich im Hardturm und Stadion Letzigrund, Verhinderung von Missbräuchen im Baugewerbe wegen Termindrucks
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie angesichts des zu erwartenden, extremen Termindrucks für den Bau der beiden Zürcher Stadien, Letzi- und Fussballstadion Zürich Hardturm, interveniert werden kann, damit es keine Missbräuche im Bau- und Baunebengewerbe gibt.*

Beim Neubau des Stadions Letzigrund wurden keine Missbräuche im Bau- und Baunebengewerbe festgestellt. Das Stadion Zürich wird ohne Termindruck realisiert werden können. Zudem wird das Stadion Zürich durch eine private Trägerschaft entwickelt und realisiert.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2005/000371 2005/000108	23.03.2005 20.04.2005	Nagel Ueli und Cerliani Pierino Projekt «Plan Lumière», Beeinträchtigung der Lebensbedingungen der Fauna

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung des «Plan Lumière» durch Beleuchtungen im öffentlichen Raum die Störung der natürlichen Lebensrhythmen und die Beeinträchtigung der Lebensbedingungen der Fauna, insbesondere von Vögeln, Fledermäusen und Fischen minimiert werden können. Über entsprechende Erkenntnisse, Massnahmen und Auswirkungen soll dem Gemeinderat innert zwei Jahren Bericht erstattet werden.*

Für die Stadt Zürich ist die Umweltverträglichkeit ein wichtiges Thema. Sie wird auch bei der Umsetzung des Plan Lumière ernst genommen. Auf Fauna und Flora soll gebührend Rücksicht genommen werden. Der Plan Lumière sensibilisiert und mobilisiert für eine sparsame und zielgerichtete Anwendung des Lichts im nächtlichen Stadtraum. Viele der im Lichtplan ausgeschiedenen Interventionsgebiete sollen in ihrer Wahrnehmung sogar weniger hell wirken, respektive im Vergleich zur jetzigen Situation weniger störende Blendungen und Kontraste aufweisen.

Die Stadt Zürich hat eine externe Studie über die Auswirkungen von Kunstlicht auf Fauna und Flora in Auftrag gegeben. Basierend auf den Erkenntnissen legt die Stadt folgende Grundsätze für eine ökologisch verträgliche Stadtbeleuchtung fest:

- Beleuchtungsdauer/Lichtstärke auf das gestalterisch und funktional Notwendigste reduzieren.
  - In Ausnahmefällen Abweichen von den Normen an Orten, an denen die Sicherheit auch mit weniger Kunstlicht gewährleistet werden kann.
- Beleuchtungszeiten an die saisonalen Gegebenheiten anpassen.
- Beleuchtung zu Gestaltungs- und Reklamezwecken auf die frühen Morgenstunden und auf die Zeit bis Mitternacht begrenzen (Zeitschaltungen).
- In Naturschutzgebieten und ökologisch sensiblen Landschaftsräumen ist möglichst ganz auf künstliche Beleuchtung zu verzichten. Ist dies aus Sicherheitsgründen nicht möglich, ist die ökologisch verträglichste Beleuchtung zu wählen.
- Frühzeitig mit der Fachstelle Naturschutz (Grün Stadt Zürich) Kontakt aufnehmen und Möglichkeiten sowie Schutzmassnahmen abklären. Abdichten der Leuchten gegen das Eindringen von Insekten und Spinnen.
- Keine Hochhausbeleuchtungen ausser Nutzbeleuchtung. Temporäre Spezialbeleuchtungen ausserhalb der Vogelzug-Saison sollen Ausnahmen bleiben (z. B. Weihnachtsbeleuchtung, Spezialbeleuchtung bei Events von übergeordneter Bedeutung).
- Licht soll nur dorthin gelangen, wo es einen gestalterischen oder funktionalen Zweck erfüllt.
- Leuchten sorgfältig platzieren und ausrichten. Keine direkte Beleuchtung des Nachthimmels. Falls nötig, Abschirmungen und Blendschutzvorrichtungen einrichten.
- Sicherheitsbeleuchtung und Schmuckbeleuchtung sind aufeinander abzustimmen (keine unnötigen Doppelbeleuchtungen).
- Keine von unten nach oben gerichtete Beleuchtung von unbelaubten Bäumen.
- Keine Skybeamer. Temporäre Spezialbeleuchtungen im Winter als Ausnahmen möglich (z. B. Silvester, Events von übergeordneter Bedeutung).
- Im weissen Lichtspektrum ist warmweisses Licht mit einer Farbtemperatur kleiner als 3000 Kelvin zu bevorzugen.
- Ersatz alter Leuchten durch neue energieeffizientere Leuchten.
- Energieeffiziente Technologien verwenden.

Das AfS informiert in der gemeinderätlichen Spezialkommission Stadtentwicklung des Hochbaudepartements detaillierter über die Erkenntnisse und Grundsätze.

POS 2005/001427 2005/000484	23.11.2005 16.12.2005	Scherr Niklaus Allgemeine Plakatgesellschaft (APG), Kündigung des Plakatvertrages
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, ob der seit 1992 gültige Plakatvertrag mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) vorsorglich vor Ende 2005 per 31. Dezember 2006 gekündigt werden soll, mit dem Ziel, eine höhere Mindestabgeltung zu erreichen.*

Am 7. März 2006 wurde der Vertrag über den Plakatanschlag auf öffentlichem Grund der Stadt Zürich – in 16 Lose aufgeteilt – öffentlich ausgeschrieben mit dem Ziel, mit einem oder mehreren Anbietenden neue Verträge abzuschliessen. Mit StRB Nr. 767/2006 stimmte der Stadtrat einer Vergabe des Plakatrechtes auf öffentlichen Grund an die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) sowie an die Plakanda GmbH zu.

Gegen die Vergabe erhob die CAC, City Advertising Company AG, mit Eingabe vom 4. August 2006 Rekurs an den Bezirksrat Zürich. Der Bezirksrat wies den Rekurs ab, worauf die Firma CAC ans Verwaltungsgericht gelangte. Das Verwaltungsgericht wies die Beschwerde mit Entscheid vom 23. August 2007 ab. Der Entscheid ist unterdessen rechtskräftig. Die Verträge mit der APG und der Plakanda GmbH mit einer höheren Mindestabgeltung gelten ab 1. Juli 2008.